

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 6 Juni 2010 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Brennpunkt 1. Mai Einsatz an vielen Orten

In dieser Ausgabe:

13. Bundesjugendkonferenz der GdP:
Weg vom Klischee der „Jungen Wilden“

Mediation in der Polizei:
Was soll man damit?

6. Bundesseniorenkonferenz der GdP:
„Experten des Lebens“ tagten

EuroCOP:
Knappe Kassen und Gewalt beschäftigen
Frühjahrstagung des EuroCOP-Komitees

BAG Suchtberatung in der Polizei:
Hilfe vor Druck

Seniorenjournal

Mediation in der Polizei – was soll man damit?

Ein Mediator ist ein Konfliktvermittler – und immer mehr Behörden, Betriebe und Bürger erkennen, dass die Einschaltung eines solchen „Schlichters“ oft deutlich sinnvoller und nachhaltiger ist, als sich vor Gerichten, daheim oder auf Dienststellen zu streiten.

S. 13

Weg vom Klischee der „Jungen Wilden“



„SOS – Schutzleute ohne Schutz“ – unter diesem Motto befasste sich der 13. Bundesjugendkonferenz mit den Aufgaben der Jungen Gruppe in der GdP für die nächsten Jahre.

S. 16

Hilfe vor Druck

Hilfe geht vor Druck, aber nur mit Wattebällchen werfen, hilft niemandem weiter – so eine der Botschaften der diesjährigen Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Suchtberatung in der Polizei.

S. 29

KURZ BERICHTET	2
AKTUELL DGB-Bundeskongress	3
KOMMENTAR Die Schuldigen müssen einen Namen bekommen	4
FORUM	4/5
TITEL/1. MAI Brennpunkt 1. Mai	6
Glückwunsch, Herr Thierse!	10
Fest der Begegnung in Sachsen-Anhalt	10
WISSENSCHAFTLICHE UNTERSUCHUNG Mediation in der Polizei – was soll man damit?	13
FORTBILDUNG Seminar für väterfreundliches Klima	14
13. BUNDESJUGENDKONFERENZ Weg vom Klischee der „Jungen Wilden“	16
URTEILE	20
6. BUNDESSENIORENKONFERENZ „Experten des Lebens“ tagten	21
EUROCOP Knappe Kassen und Gewalt	23
IUK-TECHNIK BOS-Digitalfunknetz: Ein weiterer wichtiger Meilenstein wurde erreicht	26
MESSEN UND KONGRESSE „Effizienter Staat“ mit Besucherrekord	27
Die Sicherheitsbranche als Dialogpartner	27
SUCHTBERATUNG IN DER POLIZEI Hilfe vor Druck	29
Von Überzeugungsarbeit bis zu Dienstvereinbarungen	33
ELTERNGELD Umstrittene Pläne	35
SEMINAR Vertrauensleutearbeit auf breite Basis stellen	36
AUSLANDSEINSATZ Zurück aus Afghanistan	36
DEUTSCHE HOCHSCHULE DER POLIZEI Preisverleihung	37
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



GDP-DELEGIERTENTAGE:

Bundeskriminalamt

Für seinen 15. Ordentlichen Delegiertentag am 28. und 29. April wählte der Bezirk Bundeskriminalamt erstmals Berlin als Tagungsort. Immerhin sind dort drei seiner sechs Kreisgruppen beheimatet. Tagungsthema war: „Für Sicherheit und soziale Gerechtigkeit“. Zusammen mit ihrem Vorsitzenden Jürgen Vorbeck, dem die Delegierten mit 93,3 Prozent ihr Vertrauen aussprachen, wurde der bewährte alte Vorstand für weitere vier Jahre gewählt. Zülig, aber dennoch lebhaft, wurde die umfangreiche Tagesordnung mit zahlreichen Anträgen zum Tarif- und Beamtenrecht bewältigt.



Jürgen Vorbeck
Foto: GdP BKA

In einer Resolution forderte der Delegiertentag die Bundesregierung auf, endlich für die Klärung offener rechtlicher Fragen zum Einsatz von deutschen Polizeibeamten im Rahmen von Dauermissionen sowie Dienstreisen ins Ausland zu sorgen, insbesondere bei Afghanistan-Einsätzen.

Zum Tagungsthema sprachen als Gastredner auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD und Bundesminister a. D., MdB Olaf Scholz, der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im BMI, Ministerialdirektor Gerhard Schindler, sowie der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes Jürgen Maurer und GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg.

Der Bezirksvorstand

Berlin

Unter dem Motto „GdP – Für faire Bezahlung – Sicherheit hat ihren Preis“ fand der 50. Ordentliche Delegiertentag des Landesbezirks Berlin vom 17. bis 18. Mai statt. Da Eberhard Schönberg nach zwei Amtsperioden als Vorsitzender aus Altersgründen nicht mehr zur Verfügung stand, wurde nun Michael Purper zum neuen Vorsitzenden gewählt.



Michael Purper
Foto: Laube

Die 203 Delegierten fordern vom Senat und Abgeordnetenhaus eine Anpassung der Einkommen an die Besoldung der Bundesbeamtinnen und -beamten. Außerdem fordern sie für gute Arbeit und in Würdigung der Lebensleistung als Versorgungsempfängerinnen und -empfänger eine gerechte Besoldung bzw. angemessene Versorgung.

Eine weitere Abkopplung von den anderen Bundesländern und dem Bund ist aus Sicht der Berliner Delegierten sozial ungerecht und muss endlich ein Ende haben

Michael Purper: „Eine Erhöhung der Einkommen um 1,5 Prozent 2010 und 2,0 Prozent 2011 sind in diesem Zusammenhang durchaus bescheidene Forderungen gegenüber dem Senat und den Fraktionen von SPD und DIE LINKE.“

Michael Laube

Bundespolizei

„Zukunftsfähige Aufstellung – aus der Familie der Gewerkschaft der Polizei heraus –, fairer und offener Umgang miteinander sowie die Nutzung des 4. Ordentlichen Delegiertentages des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei zum Schärfen unserer gewerkschaftspolitischen Ziele“ – so formulierte der wiedergewählte Bezirksvorsitzende, Josef Scheuring, seine Erwartungshaltung an die Delegierten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bezirksdelegiertentages, die sich vom 27. bis zum 29. April 2010 in Bamberg trafen, enttäuschten diese Erwartungshaltung nicht.



Josef Scheuring
Foto: Schmitt

Zu den Wahlen bzw. den Ergebnissen und Schwerpunkten der Bamberger Veranstaltung berichtet der GdP-Bezirk Bundespolizei ausführlich auf seinen Internetseiten: www.gdp-bundespolizei.de

Spannung verspricht vor allem in der nächsten Zeit, die seitens der GdP initiierte Mitarbeiterbefragung unter dem Motto „Klartext 2010“. Alle Bereiche und Facetten innerhalb der Bundespolizei werden auf einer breiten empirischen Grundlage ausgeleuchtet. In dieser Befragung werden sich wesentliche Indikatoren zur Berufszufriedenheit widerspiegeln – quasi als repräsentativer Charakter. Die GdP will wissen, was in der Bundespolizei los ist!

Die große Befragung des Bezirks Bundespolizei der GdP läuft vom 15. Juni bis 15. September 2010.

Martin Schmitt

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE:

Rückwirkend verlängerte Sicherungsverwahrung unwirksam

Nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg am 11. Mai sein Urteil vom Dezember 2009, mit dem er die rückwirkend verlängerte Sicherungsverwahrung beanstandet hatte, bestätigt hat, ist zu erwarten, dass in absehbarer Zeit erwiesenermaßen hochgefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter auf freien Fuß gelassen werden müssen. GdP-Bundesvorsitzender Konrad Frei-

berg: „Vor dem Hintergrund der Gefährlichkeit der Täter werden die Menschen die Entscheidung des Gerichts, so folgerichtig sie auch aus rechts-dogmatischen Gründen sein mag, kaum verstehen und noch weniger akzeptieren können. Der zu erwartende mediale Druck auf die politisch Verantwortlichen, aber natürlich auch auf die Polizei, wird sein Übriges tun. Klar ist, dass die Polizei diese Täter nicht

rund um die Uhr bewachen kann. Dazu fehlen die Kapazitäten. Deshalb kann und darf der Polizei nicht die Verantwortung in die Schuhe geschoben werden für den Fall, dass einer dieser Täter erneut ein Opfer findet. Die Verantwortung dafür liegt allein beim Gesetzgeber und bei denen, die die Haushalte geplündert und damit die Polizei massiv geschwächt haben.“

red.



Kampf für gute Arbeit und Erhalt des Sozialstaates

„Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität“ lautet das Motto, unter dem sich 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften in Berlin zum „Parlament der Arbeit“, dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress, vom 16. bis 20. Mai 2010 in Berlin trafen.

Ein guter und stimmungsvoller Einstieg, so die eindeutige Mehrheit der Delegierten und Gäste zur Eröffnungsfeier des 19. DGB-Bundeskongress. Das kulturelle Programm und das Motto der Eröffnungsveranstaltung „Mut gegen rechts“ umrahmten und vervollständigten die Reden und Grußworte.

In seiner Einstiegsrede hatte Michael Sommer in Anwesenheit der Bundeskanzlerin das Thema „Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise“ in den Mittelpunkt gestellt und die Bundeskanzlerin aufgefor-

mit den Gewerkschaften“ zu suchen.

Sozialausgaben, Personalkosten und Zinsen machten drei Viertel des Bundeshaushaltes aus, deshalb sei die von den Gewerkschaften heftig kritisierte Schuldenbremse – also die Drosselung der Neuverschuldung – unverzichtbar.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit wertete die Gewerkschaften in der Gesellschaft als wesentliche Träger der Meinungsbildung. Wer eine solidarische Gesellschaft wolle, wer eine

liche, gerechte, solidarische Gesellschaft mit guter Arbeit für alle. „Wenn wir Gewerkschafter von guter Arbeit reden, dann meinen wir sozial sichere, humane, menschenwürdige Arbeit.“ Die Gewerkschaften müssten aber ungeheure Fehlentwicklungen zur Kenntnis nehmen. „Wir haben verhängnisvolle Jahre von Deregulierung, Privatisierung und zügelloser Globalisierung erlebt. Unsere Gesellschaft muss in eine gute, in eine soziale, in eine solidarische Ordnung gebracht werden. In eine neue Ordnung. Damit Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wieder den Wert erhalten, der ihnen zukommt.“

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise wies Michael Sommer darauf hin, dass die Krise eine gewaltige Schneise in die ohnehin schon knappen Staatshaushalte geschlagen habe. Als Beispiele dafür nannte er die Kürzungen im öffentlichen Dienst oder die Kappung der Renten und sozialen Leistungen. „Ich kann nur jeden in diesem Land davor warnen, die-



Der wiedergewählte DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer: „Unsere Gesellschaft muss in eine gute, in eine soziale, in eine solidarische Ordnung gebracht werden.“



GdP-Delegierte applaudieren den Ausführungen von Michael Sommers: (v.l.) Dagmar Hölzl, Hugo Müller, Bernhard Witthaut, Heinz Kiefer, Andreas Schuster und Frank Richter.

dert, entschlossen für eine Finanzmarktregulierung einzutreten.

Die Bundeskanzlerin ihrerseits betonte die wichtige Rolle der Sozialpartner bei der Bewältigung der Krise, lehnte allerdings die vom DGB geforderte Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen ab. Sie sei international nicht durchsetzbar. Auch den von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn lehnte die Bundeskanzlerin ab. Ihrer Ansicht nach würde er grundsätzlich die Tarifautonomie schwächen. Ausnahmen akzeptiere sie bei branchenspezifischen Mindestlöhnen, hier müsse gehandelt werden.

Merkel prognostizierte sehr schwierige Jahre, versprach aber, „immer das Gespräch

Gesellschaft für alle wolle, der müsse auch Gewerkschaften wollen, und zwar starke Gewerkschaften.

Am zweiten Vormittag des Bundeskongresses, am 17. Mai 2010, standen die Wahlen für den Geschäftsführenden Bundesvorstand im Mittelpunkt: Mit großer Mehrheit wurde Michael Sommer zum 3. Mal als Vorsitzender des DGB in seinem Amt bestätigt. Weiterhin wurden in den Vorstand Ingrid Sehrbrock, Dietmar Hexel, Annelie Bunttenbach und Claus Matecki gewählt

Der Nachmittag begann mit der Grundsatzausrede des wiedergewählten Vorsitzenden. Michael Sommer kritisierte die Aufkündigung des sozialen Ausgleichs und eine aus den Fugen geratene soziale Ordnung. Die Vision der Gewerkschaften sei eine mensch-

sen verhängnisvollen Weg zu gehen. Denn wenn sich diese Gesellschaft immer weiter spaltet, dann laufen wir Gefahr, mitten in eine Gesellschafts- und Staatskrise hineinzuschludern – und deren Folgen für Demokratie, Stabilität und auch für den Frieden können wir gar nicht ermessen.“

Der DGB-Vorsitzende kritisierte in aller Deutlichkeit die immer dreistere Aufkündigung der sozialen Sicherungssysteme und sagte zum Selbstverständnis der Gewerkschaften: „Wir sind nicht die Ewig-Gestrigen, sondern die pragmatischen Utopisten, die den Fortschritt organisieren, den kleinen aber stetigen Fortschritt.“

Und zu der Debatte um den politischen

Fortsetzung auf Seite 12



Die Schuldigen müssen einen Namen bekommen

Während diese Zeilen hier entstehen tagt der 19. DGB-Bundeskongress noch – durchaus Streitbar, aber auch kraftvoll und konstruktiv. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist von der

Politik als eine nicht zu unterschätzende Kraft deutlich wahrgenommen worden – nicht für jeden Kongress nimmt sich die Bundeskanzlerin die Zeit für ausführliche Darlegungen. Und sie hat dabei angekündigt, bei allen strittigen Entscheidungen werde sie „den Gesprächsfaden zu den Gewerkschaften intensiv suchen“. Das

ist nicht nur guter Wille. Die Politik kommt am DGB auch nicht so einfach vorbei.

Wir haben als GdP den Kongress intensiv mit vorbereitet. Wir haben u. a. unseren Antrag „Gewalt in der Gesellschaft – eine zentrale Herausforderung der Gesellschaft“ eingebracht, gut begründet und dafür von den Delegierten viel Zustimmung erhalten. Er wird von allen mitgetragen, unterstützt und ist beschlossen. Damit konnten wir unser Anliegen auf noch mehr Beine stellen – und das ist wichtig, eben weil das Thema unserer ganzen Gesellschaft Probleme macht.

Aber nicht nur dieses Thema. Mir war ganz besonders daran gelegen, in meiner Rede auf dem Kongress unsere gewerkschaftliche und polizeiliche Sicht zu den Auswirkungen und staatlichen Reaktionen auf die Finanzkrise deutlich zu machen. Als Gewerkschafter und als

Polizisten stehen wir für Recht und Gerechtigkeit. Dafür werden wir vom Bürger bezahlt. Wenn ich mir aber die heutige Situation anschau, die Folgen der Wirtschaftskrise, das, was auf dieser Welt geschehen ist, die Tatsache, das ganze Staaten an den Abgrund gebracht werden, muss ich sagen: Im Strafrecht soll der Schuldige ermittelt werden, damit er bestraft wird. Im Zivilrecht suchen wir den Verursacher, damit er den Schaden bezahlen kann. Nach der Finanzkrise wird aber keiner der Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Keinem von denen wurde das Geld abgenommen, das sie sich auf spekulative Weise angeeignet haben. Ich sage deutlich: Das ist eine Gerechtigkeitslücke in besonderem Ausmaß. Ich kann auch all die anonymen Begriffe wie Bankjongleure, Finanzmanager, Banken nicht mehr hören. Dahinter stehen konkrete Menschen mit Namen und Firmen. Wir brauchen die Namen dieser Leute, die so unermesslichen Schaden angerichtet haben. Ich komme zur Frage der Gerechtigkeit. Wir merken als Polizisten tagtäglich: Die Unterschiede in unserer Gesellschaft zwischen arm und reich werden immer größer. Es gibt immer mehr Menschen, die gar nicht mehr wissen, wie normale Menschen leben und arbeiten und denen das Gemeinwohl keinen Pfifferling wert ist, die auf unsere Kosten leben. All das sage ich aus Überzeugung und Empörung – vor allem aber, weil ich mich als Gewerkschafter und als Polizist um unseren sozialen Frieden Sorge. Wir spüren die Auswirkungen der Unzufriedenheit in unserem Staat sehr deutlich. Wir sehen, wie Werte an Akzeptanz verlieren. Wir haben mit den anderen Gewerkschaften einen starken Verbund und viele Mitstreiter. Und ich bin gerade nach dem DGB-Bundeskongress zusehends, dass das so bleiben wird.



Zu: Das letzte Wort hat der Angeklagte, DP 5/10

Lieber Kollege Markus Thomas, der von Dir geschilderte Vorfall ist sicherlich ein Skandal, aber nach meiner Erfahrung im Gerichtssaal eher eine Seltenheit. An Rechtsanwälte, die alles versuchen, um Polizeibeamte (aber auch andere missliebige Zeugen) zu verunsichern, wirst Du Dich gewöhnen müssen. Auch läummelnde Angeklagte sind nicht selten, jedoch ist das ein Problem, dass ein guter Richter selbst in den Griff kriegen sollte, es geht ja um seine Ehre. Wenn du genauer nachfragst, kommt Frau Staatsanwalt aus einem behüteten Elternhaus, hat ihr 2. Staatsexamen mit 1 abgeschlossen und hat, außer im Fernsehen, noch nie eine Prügelei gesehen, weil sie abends die Ermittlungsakten mit nach Hause nimmt. Mit einem gehörigen Schuss „ich-glaube-an-das-Gute-im-Menschen“ kommt dann sowas heraus. Im Vergleich mit dem Probanden sind wir Polizisten ja nur langweilige Spießer, die sogar eine abgeschlossene Schuldbildung haben, selbstständig in Wohnungen leben (die nicht das Sozialamt bezahlt) und die sich nicht bekiffen. Es kann aber auch nicht schaden, wenn man Frau Staatsanwalt nach so einer „Leistung“ nach der Verhandlung sein Unverständnis mitteilt. Im Übrigen wäre es unter diesen Umständen statthaft gewesen, wenn der Abteilungsleiter selbst zur Verhandlung erschienen wäre, was wieder zeigt, dass Straftaten gegen Polizeibeamte außerhalb unserer Kreise als nichts Besonderes aufgefasst werden.

Peter Körner, Sinsheim

Zu: Das Fernsehen, die Angst und die Polizei als Retter, DP 5/10

Ich kann mich nur wundern, dass Dr. Thomas Hestermann den Medien-Vertretern glaubt, sie wollten keinen Einfluss auf Gesellschaft und Politik nehmen. Meine persönlichen Erfahrungen sind ganz andere. Der jahrelange Streit um ein möglichst scharfes Waffenrecht liefert hierfür anschauliche Beispiele:

1.) Der Amokläufer von Erfurt im April 2002 trug eine halbautomatische kurzläufige Flinte, eine so genannte Pumpgun. Medienvertreter wie Politiker forderten vehement ein Verbot dieses „Mordwerkzeugs“, was ja auch schließlich gelang. Jeder Hinweis, dass dieses Verbot wafentechnisch zweifelhaft sei, überdies die halbautomatische Flinte gleicher kurzer



Baulänge völlig unbeachtet blieb (obwohl sie potentiell sogar gefährlicher ist), wurde überhaupt nicht zur Kenntnis genommen – einfach deshalb nicht, weil das reine Betätigen des Abzugs völlig unspektakulär ist, während das „Ratsch-Ratsch“ der Pumpgun so herrlich gefährlich klingt. Man wollte eben mit aller Gewalt ein Verbot der „Ratsch-Ratsch-Flinte“. Erst Jahre später, als die Aufregung sich etwas gelegt hatte, konnte man mit Journalisten über die Zweifelhaftigkeit dieses Verbots reden.

2.) Nach dem Amoklauf von Emsdetten habe ich einem Redakteur einer bedeutenden deutschen Tageszeitung erläutert, welchen Einfluss das damals geltende Waffenrecht auf die Möglichkeiten des Täters hatte, sich (technisch gesehen ziemlich kümmerlich) zu bewaffnen, also eine nochmalige Verschärfung des Waffengesetzes keinen Sinn mache. Nach längerer Debatte am Telefon sah er das auch ein. Einige Tage später rief er mich wieder an und wiederholte den Standpunkt seines Blattes, gleichwohl für eine Gesetzesverschärfung einzutreten. Seine Entschuldigung: „Sie haben mich zwar überzeugt, aber die Redaktionskonferenz will unbedingt einen Artikel über eine Gesetzesverschärfung“.

3.) In zahlreichen Gesprächen mit Medienvertretern habe ich – meist aus Anlass von mehr oder minder aufsehenden Verbrechen – darauf hingewiesen, dass wir heute deutlich sicherer leben als noch vor rund 40 Jahren, was den Schusswaffengebrauch bei Straftaten angeht. Ich habe dies mit der PKS begründet. Wir hatten 1972 noch fast 15.000 Fälle des tatsächlichen Schusswaffengebrauchs bei Straftaten, während diese Zahl für 2008 auf ca. 4.200 gesunken ist. Ich habe es mehrfach erlebt, dass das Gespräch nach Nennung dieser Zahlen ziemlich rasch beendet wurde mit der Begründung, dass diese Zahlen eigentlich nicht das wären, was man gebrauchen könne.

Richtig, eine sachliche Darstellung widerspricht dem Drang (oder Zwang?) zur Dramatisierung.

Wolfgang Dicke

Zu: Schlafen für die Forschung, DP 5/10

Ich habe im Heft 5/2010 den Aufruf zu der „Schlafstudie“ im Zusammenhang mit der möglicherweise schädlichen Auswirkung der elektromagnetischen Strahlung des Digitalfunkes gelesen. Ich finde es

Einsatz 1. Mai

Hiermit möchte ich mich für die herausragende und professionelle Arbeit der Diensthundführer(innen) am 1. Mai 2010, anlässlich des Einsatzes im Unterabschnitt Raumschutz bedanken. Durch den persönlichen Einsatz der Mitarbeiter(innen) war es mir möglich, die gestellten Aufgaben problemlos zu bewältigen und die polizeilichen Maßnahmen ausnahmslos umzusetzen. Aus diesem Grund möchte ich auf diesem Wege und meinen Dank für die nach Berlin entsendeten (Bundespolizei: Hannover und Bad Bramstedt, Länderpolizei: Niedersachsen, Sachsen, NRW und Brandenburg) und aus dem Land Berlin stammenden (Polizeidirektion 1, 3, 5 und 6) Beamten(innen) aussprechen.

**POK Thomas Klug,
Berlin, Direktion 6,
Referat Zentrale Aufgaben,
Koordinator Diensthundführer**

wirklich gut, dass man eine solche Studie in Auftrag gibt, auch wenn sie meiner Meinung nach mindestens neun Jahre zu spät kommt, da in Aachen seit 2001 bereits digital gefunkt wird.

Was bei mir aber auf vollkommenes Unverständnis stößt, sind die Suchkriterien. Gesucht werden Männer im Alter von 18-30 die möglichst keinen Nachtdienst machen. Entschuldigung ... Aber hat da irgendjemand die demographische Entwicklung bei der Polizei nicht verstanden?

Lars Engeln, per E-Mail

Die im ersten Moment schwer nachvollziehbare „klinische“ Versuchsanordnung verursachte auch uns Kopfzerbrechen. Erst bei der Projektpräsentation in der Charité wurde das vermeintliche Geheimnis gelüftet; Die Studiengruppe sollte aus Polizisten bestehen (Stichwort PDV 300). Die rechtshändigen, kerngesunden, nichttrauenden, einer bestimmten Altersgruppe angehörenden Männer deshalb, weil sämtliche Ungleichheitsaspekte (Geschlecht, Vorbelastungen etc.) ausgeschlossen sein mussten, damit eindeutige Ergebnisse erhalten werden.

HJM

Zu: Skandal beim Idiotentest?, DP 5/10

Unter der Überschrift: „Motorradfahrer – mit voller Kraft in die Eisen“ wurde u.a. über „sinnvolle Leistungsgrenzen“, „alternative Parameter“ und „Leistungsgewicht“ schwadroniert. Das in einer Fachzeitschrift solch völlig überkommener, vorurteilbehafteter Unsinn kommentarlos wiedergegeben wird, halt ich schlicht für verantwortungslos. Als Motorradfahrer mit über zwanzigjähriger Erfahrung und Mitglied einer Kradstaffel möchte ich hier einige Gedankengänge kundtun:

Die Motorradfahrer an sich werden immer älter. Trotzdem gibt es den Stufenführerschein, welcher schon den Einsteiger reglementiert. Es ist somit sicher problematisch, einem 18-jährigen Fahranfänger zu erlauben, ein 500 PS Auto zu fahren, aber bereits geprüfte oder lebensältere Motorradfahrer in der Leistungsfähigkeit ihres Motorrads zu beschneiden. Dies zumal, da noch nie ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Motorleistung und der Unfallhäufung belegt werden konnte.

Vielmehr trifft der Grundsatz: Eine Kurve, die nur mit 80 km/h zu fahren ist, wird mit 120 km/h nicht gehen. 120 km/h schaffe ich aber schon mit 10-15 PS. Es mag erschreckend sein, in unter 10 sec bis auf 200 km/h zu kommen, aber wo ist da das Problem bzw. die Gefahr?

Das Augenmerk sollte doch vielmehr auf Schulung gerichtet sein, denn Unfälle, wo der 50-jährige Harley-Fahrer beim Wenden umkippt, gehen zwar auch in die Statistik ein, sind aber offensichtlich noch nicht im Bewusstsein der Handelnden vertieft.

Dieter Tschierschke, PP Krefeld

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.d**



1. MAI

Brennpunkt 1. Mai

„Herr Thierse ich bitte Sie, dazu beizutragen, dass die Situation in diesem Stadtteil nicht eskaliert. Ich bitte Sie, die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten nicht in die Bredouille zu bringen.“ Mit diesen Worten mahnte der Polizeiführer den Bundestagsvizepräsidenten mehrfach eindringlich, sich mit seinen politischen Freunden endlich von der Fahrbahn zu erheben und den genehmigten und von der Polizei mit großem Kräfteinsatz vor rund 10.000 Gegendemonstranten geschützten Zug von rund 600 Neonazis am Mittag des 1. Mai 2010 auf der Bornholmer Straße in Berlin endlich passieren zu lassen. Trotz Erteilung eines Platzverweises, rechtlicher Belehrungen und freundschaftlicher Appelle, die Polizei nicht in Schwierigkeiten zu bringen, blieb der Vertreter des hohen Verfassungsorgans mit seinen Freunden sitzen. So lange, bis alle anwesenden Fotografen und Kameralente ihre Bilder hatten.

Berlin vor dem 1. Mai 2010: Die Atmosphäre in der Stadt ist angespannt. Im Vorjahr hatten diejenigen ein böses Erwachen erlebt, die in der Vergangenheit ein Abflauen der Gewalt beobachtet haben wollten und darauf hofften, dass die Stadt endlich zur Ruhe kommt. Am 1. Mai 2009 war bereits Minuten nach dem Beginn der „traditionellen“ 18-Uhr-Autonomendemo in Kreuzberg ein Hagel aus Steinen und Flaschen auf die Beamten herabgeregnet, waren Brandsätze gezündet worden und lieferten den Auftakt zu einer der gewalttätigsten Auseinandersetzungen zwischen Autonomen, betrunkenen Jugendlichen und der Polizei, die die Stadt bisher erlebt hatte. Die Bilanz: über 400 verletzte Kolleginnen und Kollegen.

In diesem Jahr scheint die Lage noch komplizierter. Schon seit Monaten rüsteten Rechte wie Linke im Internet, auf Flugblättern und Broschüren gegeneinander auf. Die Rechten rufen zu einer Großdemonstration in Pankow für den Morgen des 1. Mai auf, am Vorabend, der berühmt-berüchtigten Walpurgisnacht wo es am Berliner Mauerpark

und im Szene-Kiez Boxhagener-Platz immer wieder zu Ausschreitungen kommt, wollen sich die Neonazis zudem in ihrer

renen Stadtteilen mehrere Brennpunkte zu beherrschen.

Bundesweite Vorbereitung

Auch in anderen Bundesländern, nahezu in allen, bereitet sich die Polizei auf Dauereinsätze vor. Das Arbeitswochenende der Polizei in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel beginnt bereits am Freitag mit Einsätzen bei der Walpurgisnacht in Köln, Düsseldorf und Mettmann, beim May Day in Dortmund und dem Drittliga-Spiel des Wuppertaler SV gegen Jena. Am 1. Mai ist sie neben dem Schutz der Mai-Demonstrationen des DGB bei vier parallel stattfindenden Spielen der ersten Bundesliga im Einsatz. Hinzu kommen Demonstrationen der Autonomen in Wuppertal, von Pro NRW in Solingen, der



Bundestagsvizepräsidenten Thierse's medienwirksame Sitzblockade gegen Neonazis. Nicht gesehen war er hingegen am Abend, wo er mit viel Zivilcourage die Gewalttäter davon hätte abhalten können, Polizeibeamte zu verletzen.

Foto: Holecek

Stammgaststätte „Zum Henker“ in Berlin-Niederschöneweide treffen.

Damit hat die Berliner Polizei über zwei Tage und einer langen Nacht in meh-

Tamilen in Düsseldorf, der „AG Kritische Kulturhauptstadt“ in Dortmund und das Volksfest „Rhein in Flammen“ in Bonn.

Am Sonntag geht es gleich weiter mit



den Spielen der 2. Bundesliga, einem Klimadialog in Bonn, einem Motorradtreffen der Rockergruppe Bandidos in Bochum und dem Wahlkampfauftakt von Pro NRW in Minden.

Bei ihrem 4. Erfahrungsaustausch stellen die Einsatzreferenten von Bund und Ländern für den 1. Mai 2010 ein bundesweites Kräftedefizit von 38 Hundertschaften fest. Mit Stand Ende März haben die Länder Berlin (37), Mecklenburg-Vorpommern (4) und Thüringen (9) einen Bedarf an 50 Fremdhundertschaften gemeldet, dem aber nur ein bundesweites Kräfteangebot von 19 Hundertschaften gegenübersteht. Die Einsatzreferenten vereinbaren, dass bei eigenen Lagen, soweit es abhängig von der Beurteilung der Gefährdungslage vertretbar ist, Kräfte des polizeilichen Einzeldienstes (Alarmhundertschaften) sowie der Aus- und Fortbildungseinheiten zum Einsatz gebracht werden, um so weitere Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizeien für länderübergreifende Unterstützungen am 1. Mai 2010 gewinnen zu können. Ein NRW-Beamter später: „Bei uns ist alles auf der Straße, was laufen kann.“ NRW schickt vier Hundertschaften nach Berlin.

Sie finden sich wieder auf der Bornholmer Straße im Berliner Wedding zum Schutz des Aufzuges der Rechten. Ihre „Gelassenheit, Ruhe und Professionalität, mit der sie die schwierige Lage bewältigt haben“, wird Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting (SPD) in einer Pressekonferenz besonders hervorheben.

„Wenn das kleinlich ist, bin ich sehr gerne kleinlich“

Immer, wenn es um Neo-Nazis geht, darf einer nicht fehlen: Prof. Michael Knappe. Der Direktor beim Polizeipräsidenten führt die Direktion 6, die sich aus den Berliner Verwaltungsbezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Köpenick-Treptow zusammensetzt. Er ist in Neo-Nazi-Kreisen eine verhasste Berühmtheit. So sehr, dass er wieder einmal Personenschutz zugeordnet bekommen musste. Den Spagat zwischen Demonstrationsrecht und Bekämpfung des Rechtsextremismus beherrscht Knappe mit seiner Mannschaft virtuos. Er lässt für Neonazis die Straße frei räumen von Gegendemonstranten. Ein volksverhetzender Satz aus einer Goebbels-Rede, unter Pflastern verborgene Hakenkreuz-Tattoos – die Polizei greift zu. Springerstiefel? Dann muss der nationale Widerstand auf Socken durch die Straßen. Alkoholverbot, Reden-Zensur – Knappe ist pingelig. Reportern von „Kontraste“ sagt er ins Mikrofon: „Mit

Insgesamt waren am Maiwochenende 7.370 Beamte im Einsatz.

Nach Angaben der Polizei gab es in Berlin „deutlich weniger Ausschreitungen“ als im Vorjahr. Dennoch wurden 487 Menschen festgenommen, acht bekamen Haftbefehle, sechs weitere erhielten Haftverschonung. Gegen 370 Menschen wurden Platzverweise ausgesprochen.

Nach Angaben von Berlins Innensenator Erhart Körting wurden 98 Beamte verletzt, einer von ihnen so schwer, dass er im Krankenhaus behandelt werden musste.

Deutlich mehr Ausschreitungen hingegen gab es in Hamburg.

solche Lieder singt und so etwas verbreitet, der wird auch vor dem letzten Schritt nicht zurückschrecken und Menschen niederschlagen und zusammenknüppeln. Und da muss ich Ihnen sagen: Da bin ich gerne kleinlich. Wenn das kleinlich ist, bin ich sehr gerne kleinlich.“

Deshalb bescheinigt er dem Bundestagsvizepräsidenten, der jetzt vor seinen Füßen auf der Bornholmer Straße sitzt, rechtswidriges Verhalten. Thierse, der seinen Abgeordneten-Status benutzt hat, um hinter die Polizeiabsperrung und so direkt vor den Aufzug der Rechten zu gelangen, hat sich an einer Kreuzung medienwirksam niedergelassen, begleitet von politischen Freunden. Knappe ist sauer. Er hat ohnehin nicht vor, die 600 Neonazis weit kommen zu lassen, doch dieser aufrecht sitzende Demokrat kann seine Pläne durchkreuzen. Weiträumig hat der Polizeiführer den Aufzug der Rechten von den mehreren Tausend Gegendemonstranten abgesperrt, um Übergriffe zu verhindern. Geraten beide Gruppen aneinander, so weiß er, würde in dem Stadtteil das Chaos ausbrechen. Jeder, der die Neonazis aus der Nähe sehen will, muss sich also legitimieren, als Journalist oder Einsatzbeobachter, so wie Thierse.



Prof. Michael Knappe (Mitte) – in Neo-Nazi-Kreisen eine verhasste Berühmtheit.

Foto: Holecek

Rechtsextremisten ist nicht zu spaßen. Es sind Gewalttäter. Es sind Gewalttäter, die vor nichts zurückschrecken, wenn sie auch nur die Chance haben. Sie müssen sich einmal die Musik anhören. Und wer

Trotz der umsichtigen Einsatztaktik ist die Lage brenzlich. Aus den anliegenden Häusern brechen immer wieder vereinzelte Gegendemonstranten durch, die von den NRW-Kräften weggetragen oder fest-





Im Hamburger Schanzenviertel demolierten Gewalttaeter in der Nacht zum 2. Mai Autos, Geschäfte und Banken.

Foto: Frank Brandel/ ddp

und Beamten, und werden noch in der S-Bahn zu ihren Heimatzügen begleitet.

Inzwischen ist es fast 18 Uhr und einige Kilometer weiter nimmt die „Revolutionäre 1. Mai Demo“ in Kreuzberg ihren Lauf. Einige Hunderttausend feiern bereits auf dem Myfest, der inzwischen traditionellen Antwort von kommunaler Verwaltung, Anwohnern und Geschäftstreibenden des Bezirks auf die Kreuzberger Krawalle. Der Ablauf der sogenannten Revolutionären 1. Mai-Demo: Unter ohrenbetäubender Musik einmal durchs Viertel und Warten auf die Dunkelheit. Anschließend Treffen der Autonomen mit erlebnishungrigen und stark alkoholisierten Festbesuchern zum Steine werfen, Geschäfte demolieren und Brände legen.

In diesem Jahr ist den „Revolutionären“ untersagt worden, direkt durch das Myfest zu ziehen, womit ihnen ein personeller und logistischer Nachschub erschwert wird. Doch pünktlich zum Einbruch der Dunkelheit fliegen wieder die ersten Steine auf die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Dort nicht gesehen wird Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, wie er mit viel Zivilcourage die Gewalttäter davon abhält, die Polizeibeamten zu verletzen.

Aber in diesem Jahr ist es auch anders.

Mit großer Entschlossenheit wird hart durchgegriffen. Ist ein Gewalttäter beweissicher auf Video festgehalten, wird konsequent zugegriffen. Und zwar so schnell, dass stundenlanges Hin- und Hertreiben gar nicht erst aufkommt. Die vielen erlebnishungrigen Gaffer scheinen von der höchst mobilen Polizeitaktik beeindruckt zu sein. Das früher übliche „Haut ab, haut ab“-Gebrülle zumeist unbeteiligter Dritter ist in diesem

genommen werden. Im Zug der Rechten kocht die Stimmung. Mehrere Hundert von ihnen sind gar nicht bis zur Bornholmer Straße gefahren, sondern an anderen Stellen der Stadt spontan ausgestiegen. Eilig alarmierte Kräfte setzen 268 von ihnen am Kurfürstendamm fest. Nehmen die einzelnen versprengten Gruppen Kontakt auf und erfahren, was an der Bornholmer Straße los ist, kann die Lage unübersichtlich werden. Mehrfach versucht die Polizeiführung die Politiker von der Straße zu bekommen. Mit Engelszungen ebenso, wie mit exzellenten rechtlichen Begründungen. Schließlich, der letzte Fotograf hat die Zivilcourage auf der Platte, gehen Thierse und Freunde.

Ein Polizeibeamter: „Es ist nicht zu fassen, der tut so, als wären wir es, die

ein Interesse daran haben, dass die Nazis marschieren. Dabei sieht das unser Grundgesetz so vor. Und ausgerechnet ein Vertreter des höchsten Verfassungsorgans will bestimmen, wer demonstrieren darf, und wer nicht. Kein Wunder, wenn die Demonstranten rufen ‚Deutsche Polizisten schützen die Faschisten‘, wenn die Politiker nicht hinter dem Auftrag stehen, den sie uns selbst gegeben haben.“

Konsequenter Zugriff

Nach wenigen hundert Metern und einem Bruchteil der geplanten (und genehmigten) Demonstrationsstrecke, haben Knappe und seine Leute die Neonazis soweit, ihr Vorhaben abzublasen. Sie kehren um, geschützt von den Beamtinnen

Jahr so gut wie gar nicht zu hören. Fast scheint es so, als habe Berlins Innensenator Dr. Körting Recht, wenn er sagt, dass die wochenlang zuvor geführte Gewaltdebatte jedenfalls dazu geführt habe, dass das sonst gewaltbereite Umfeld der Autonomen, bestehend aus Gaffern und Krawalltouristen, diesmal deutlich mehr Hemmung hatte, sich brutal mit den Autonomen zu solidarisieren.

Zu beklagen sind am 1. Mai 2010 in Berlin rund 100 verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte, fast Dreiviertel im Vergleich zum letzten Jahr. Sehr bedauerlich ist, dass ein Kollege von stumpfer Gewalt so sehr getroffen wird, dass er schwerverletzt ins Krankenhaus kommt. Erfreulich ist darüber hinaus aber auch, dass derjenige Beamte, der in dem Ver-



dacht steht, ohne erkennbaren Grund gegen den Kopf eines am Boden liegenden Passanten getreten zu haben, sich zwischenzeitlich selbst gestellt hat.

Gefährliche Krawalle in Hamburg

In Hamburg wird der 1. Mai 2010 zur katastrophalen Niederlage des hanseatischen Innensenators Christoph Ahlhaus (CDU). Hatte er noch kurz zuvor vorhergesagt lassen, dass der 1. Mai in Hamburg wegen der für Gewalttäter interessanteren Lage in Berlin vergleichsweise friedlich ablaufen würde, so muss er nach zwei Nächten der Krawalle im Bereich des Schanzenviertels das Scheitern der Taktik einräumen.

Uwe Koßel, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Hamburg, berichtet: „Die zunächst vorhandenen Kräfte wurden zum großen Teil ohne ausreichende Schutzausrüstung den Gewalttätern entgegen geworfen. Die Lageeinschätzung, die vorab publiziert wurde, war in weiten Teilen nicht zutreffend. Auch die öffentlichen Vorabinformationen in Sachen polizeilicher Lageeinschätzungen dürften für die Gewalttäter sehr willkommen ge-

Hundertschaften nach Berlin wurde öffentlich bekannt gegeben. Die Folge: Kräfte der Bundespolizei mussten in Nacht des 1. Mai mit Hubschraubern aus Berlin nach Hamburg verlegt werden.“

Über viele Stunden kommt es im Schanzenviertel zu sinnlosen und gefährlichen Auseinandersetzungen mit zum Großteil alkoholisierten und hemmungslosen Gewalttätern aus der linksalternativen Szene, die von unpolitischen Tätern mit Migrationshintergrund verstärkt werden. „Ein durchgängiges Einsatzkonzept“, so ein Hamburger Kollege, „war nicht mehr zu erkennen.“

Ahlhaus hat mit dem diesjährigen 1. Mai ein ähnliches Fiasko erlebt, wie sein Berliner Amtskollege Körting ein Jahr zuvor, als dieser nämlich von der mas-



Über der ganzen Szenerie um den Nazi-Aufmarsch in Prenzlauer Berg kreiste am 1. Mai unaufhörlich der Polizeihubschrauber. Für die Pfade in den umliegenden Kleingärten machten sich hingegen die Polizeipferde gut. Foto: Tetz

torientierter Jugendlicher, die ohne politische Botschaft hemmungslos randaliert haben“, sagt Ahlhaus später gegenüber der Hamburger Morgenpost. „Da diese Gruppen, im Gegensatz zu Linksautonomen, nicht organisiert auftraten, war dieses Potenzial nicht vorhersehbar.“

Keine Entwarnung vor Linksextremismus

Beobachter gehen davon aus, dass weder in Hamburg durch einen deutlichen Hinweis auf betrunkene und apolitische Jugendliche noch in Berlin aufgrund eines Erkennens vermeintlich friedlicherer Stimmung von einer Entspannung der Lage im linksextremen Lager auszugehen ist. Nie zuvor hat die linke Szene derart massiv für eine Beteiligung an den Demos geworben und selten zuvor ist derart breit vorher über das optimierte Steine werfen, die Herstellung von Brandsätzen und das möglichst widerstandsvolle Verhalten nach einer Festnahme informiert worden wie im Jahr 2010.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Wir reden erst dann von einem friedlichen 1. Mai, wenn keine Flaschen, Steine und Brandsätze mehr auf Polizistinnen und Polizisten geworfen, keine Müllcontainer angezündet und keine Barrikaden gebaut werden. Auch das gab es wieder in Berlin. Das Gewaltpotenzial ist nach wie vor vorhanden. Auch die wesentlich schlechtere Bilanz zum Beispiel in Hamburg, wo es zu größeren gewalttätigen Auseinandersetzungen kam, zeigt, das keine Entwarnung gegeben werden kann.“ **Rüdiger Holecek/Sascha Braun**



Beamte im Einsatz in Berlin – hier rund um den Aufmarsch der Rechtsextremen am S-Bahnhof Bornholmer Strasse. Foto: Axel Schmidt/ddp

wesen sein. Das Konzept zur Bekämpfung der Brandanschläge auf Pkw wurde mit hohem Kräfteaufwand beharrlich weiter betrieben; die Verlegung von zwei

siven Beteiligung alkoholisierten und erlebnisorientierter Jugendlicher an den Krawallen überrascht wurde: „Neu war die sehr große Zahl überwiegend gewal-



Glückwunsch, Herr Thierse!

Gastkommentar vorn Oliver Bendixen, Bayerischer Rundfunk

Schließen Sie die Augen und folgen Sie mir in den Bundestag. Wolfgang Thierse leitet eine Sitzung, als ein Abgeordneter seine Redezeit gnadenlos überzieht und auch nicht zu quasseln aufhört, bis ihm der Vizepräsident des Parlaments das Wort entzieht und das Mikrophon abschaltet. Dass die Dauerrede durchaus richtige Feststellungen enthält, wird Wolfgang Thierse am Ende nicht daran hindern, den Störenfried von der Bundestagspolizei aus dem Saal schaffen zu lassen. Wer das Parlament daran hindert nach den Regeln der Demokratie zu beraten, dem drohen eben Konsequenzen. Thierse selbst aber steht offensichtlich über dem Gesetz – schließlich hat er alle Gutwilligen auf seiner Seite, wenn er sich auf die Straße hockt und Neonazis am Demonstrieren hindert – an der Ausübung eines Grundrechts, das in Deutschland allen nicht verbotenen Parteien und Organisationen zusteht. Ganz nebenbei: mit Otto Schily stellte Thierses SPD den Innenminister, als der Versuch, die NPD zu verbieten, so gnadenlos in den Sand gesetzt wurde. Schwamm drüber, sagt sich Wolfgang Thierse und nimmt auf der Fahrbahn Platz. Warum haben er und die anderen Genossen eigentlich dem novellierten Demonstrationsrecht zugestimmt, das genau das verbietet? Kopfschüttelnd betrachtet Hans-Christian Ströbele von den Grünen den unwürdigen Klamauk am Prenzlauer Berg und spricht mit den Demonstranten an den Sperrgittern. Viele finden Thierses Sitzprotest prima – andere ärgern sich, weil die Kameramänner statt des friedlichen Massenprotestes gegen die braunen Marschierer nur noch den auf seinem Hosensboden hockenden Bundestagsvize filmen. Thierse stiehlt ihnen die Schau. Hat ein 66jähriger Politiker – protokollarisch an der Spitze unseres Staates – keine anderen Möglichkeiten seiner berechtigten Abscheu gegen die Neonazis Ausdruck zu verleihen, als mit einer Sitzblockade mitten in seinem Berliner Wahlkreis?

Irgendwie scheint mir Wolfgang Thierse nicht wirklich in dem Rechtsstaat angekommen zu sein, den er als Bundestagsvize zu repräsentieren vorgibt. Ein heikler Drahtseilakt, bei dem der SPD-Abgeordnete auch prompt gnadenlos abgestürzt ist. Das Unheil nahm seinen Lauf, als Thierse begleitet von einem Ex-Justizsenator aus Berlin, dem Integrationsbeauftragten des Senats und dem zuständigen Bezirksbürgermeister hinter die Polizeiabsperrung gelangte, um sich

ein Bild von der Lage Links gegen Rechts zu machen. Die zumindest moralische Verpflichtung, sich in dieser privilegierten Situation neutral zu verhalten, spürte der Parlamentsvizepräsident nicht. Mit einem Pappschild vor der Brust organisierte er eine Art Minidemo – bis ihm nach etwa einen Kilometer auffiel, dass er so eigentlich den Marsch der Neonazis anführte, statt gegen ihn zu protestieren. An geeigneter Stelle – nämlich dort, wo besonders viele Zuschauer an den Sperrgittern standen – blieben Thierse und seine Freunde stehen, um so die Straße zu blockieren und den rechten Aufmarsch zu stoppen. Mit deutlichen Winkbewegungen wurden dann die Demonstranten aufgefordert, doch die Polizeigitter zu übersteigen und sich der Blockade anzuschließen, was angesichts der uniformierten Übermacht aber niemand versuchen wollte. Dieser Aufforderung zu einer Straftat ließ die Gruppe gleich das nächste Delikt folgen. Als der Einsatzleiter über Lautsprecher ihnen einen Platzverweis erteilte, setzten sich die Politiker auf die Straße, was bei jedem Normaldemonstranten eine Anzeige wegen Nötigung

nach sich zieht. Fünf Aufforderungen, doch aufzustehen, ignorierte der Bundestagsvizepräsident – ebenso den Appell des Einsatzleiters, er solle doch seiner politischen Verantwortung gerecht werden, statt zu einer Eskalation der Lage beizutragen. Trotzig blieb er sitzen, bis ihn zwei Polizisten unterhaken und wieder auf die Beine stellten. Selten hat ein Politiker seine Verachtung für die Polizei und die Spielregeln im Rechtsstaat so deutlich demonstriert. Bleibt dieses Verhalten strafrechtlich ohne Folgen, dann kann sich in Zukunft jeder Blockierer – ob rechts oder links – auf Wolfgang Thierse berufen. Die Ankündigung der Polizei, man müsse prüfen, ob hier eine Nötigung vorlag, lässt bereits ahnen, dass es weder ein Verfahren gegen den SPD-Politiker geben wird noch Disziplinarmaßnahmen gegen die als Blockierer aktiven Senatsmitarbeiter. Auf Unterstützung von Berlins Spaßbürgermeister kann die Polizei hier kaum rechnen.

Schadenfreude mag bei mir nicht aufkommen. Mit seiner Sitzblockade hat Wolfgang Thierse nicht nur sein eigenes Renommee beschädigt, sondern auch das Amt an der Spitze des Deutschen Bundestages. Aufgewertet hat er eigentlich nur die Rechten, die in Berlin am 1. Mai nicht einmal ein Drittel der angekündigten Neonazis auf die Beine brachten. Glückwunsch Herr Thierse!

Oliver Bendixen

Fest der Begegnung in Sachsen-Anhalt

Friedlich feiern, sich gewaltfrei fordernd für die Interessen der Beschäftigten und für ein Miteinander aller in unserer Gesellschaft lebender Menschen einsetzen, das war am 1. Mai in vielen Städten und Gemeinden gang und gäbe – z. B. in Sachsen-Anhalt.

Wie seit Jahren am 1. Mai, luden auch diesmal Gewerkschaften, Polizei, Kirchen, Vereine und Kindereinrichtungen zum 15. Fest der Begegnung zwischen ausländischen Mitbürgern und Magdeburgern ein. Der Pressesprecher der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord, Stefan Brodtrück, eröffnete das Fest und führte souverän durch das bunte Programm.

Jeder in Magdeburg kennt den Anlass des Festes der Begegnung: Am 12. Mai 1994 hatten Neonazis in der Innenstadt Jagd auf Ausländer gemacht. Die Bilder von den „Himmelfahrtskrawallen“ in Magdeburg gingen um die Welt. „Das war ein ganz unsäglicher Tag“, so Polizeipräsident Wolfgang Mönckmeyer.

Auf dem diesjährigen „Fest der Begegnungen“ sprachen Landessozialminister Norbert Bischoff, Landespolizeidirektor Rolf-Peter Wachholz und Polizeipräsident Wolfgang Mönckmeyer sowie DGB-Regionsvorsitzender Siegfried Stegner und der GdP-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Uwe Petermann.

Mit Tanz, Musik, Modenschau und Spielangeboten für die Kinder feierten alle bei mildem Wetter mit etwas Sonne bis zum Abend. 26 Nationen und 250 Mitwirkende gestalteten das Fest für die 11.000 Besucher. Sie konnten sich u. a. an afrikanischem Trommelwirbel, Kinder- und Gospelchor und verschiedenen Gesangs- und Tanzgruppen erfreuen.



1. MAI



Uwe Petermann (rechts) im Gespräch mit dem Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord, Wolfgang Mönckmeyer.

Als einzige Gewerkschaft innerhalb der Polizei war die GdP mit einem Stand vor Ort. Den ganzen Tag herrschte hier ein reger Ansturm – vor allem auf die „Argumente gegen Rechts“, eine hochaktuelle, informative und praktikable Broschüre, die die Bundesgeschäftsstelle herausgegeben hat, und auf polizeiliche Präventionszeitschriften. Als Hauptan-

sprechpartner war bis in die Abendstunden hinein Kollege Uwe Petermann gefragt.

In seiner Mai-Rede forderte Uwe Petermann, ebenso wie sein Vorredner vom DGB, ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft: Die Wirtschaft müsse den Menschen dienen und nicht den Spekulanten. „Wir brauchen eine neue, nachhaltige Form des Wirtschaftens mit mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen. Deshalb kämpfen wir für ‚Gute Arbeit‘, sichere Beschäftigung und gute Tarifverträge. Um die nächste Spekulationsblase zu verhindern, müssen Zockern und Spekulanten klare Grenzen gesetzt werden. Wir demonstrieren am 1.



Der Stand der GdP war den ganzen Tag über Besuchermagnet.

Fotos: Jens Isensee

Mai für ‚Gute Arbeit‘, Gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen endlich vorgehen!“

Jens Isensee

19. DGB-BUNDESKONGRESS

Fortsetzung von Seite 3

Streik hielt der DGB-Vorsitzende fest: „Wir ergreifen Partei für die Schwachen. Aber wir sind keine Partei. Das ist die Stärke der Einheitsgewerkschaft. Und ihre Begrenzung zugleich. Das Streikrecht, die Wahrnehmung des Widerstandsrechts nach Artikel 20 unseres Grundgesetzes, aber auch unsere politischen Rechte einschließlich des Demonstrationsrechtes innerhalb und außerhalb des Betriebes leiten wir aus diesem Grundverständnis ab. Und so schöpfen wir unsere Kraft aus der Einheit. Aus der Fähigkeit, Vielfalt zu gemeinsamer Stärke zu bündeln.“

Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg nutzte unter viel Beifall die Gelegenheit, um als Gewerkschafter und Polizist seine Ansichten zur Finanz- und Wirtschafts-

Der dritte Kongresstag begann mit der Antragsberatung. Die Delegierten beschlossen u. a. mit großer Mehrheit eine überarbeitete DGB-Satzung, die insbesondere Veränderungen bei den DGB-Strukturen vorsieht:

Der Leitantrag des DGB-Bundesvorstandes „Umdenken – Gegenlenken – die Krise überwinden. Gesellschaftspolitische Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften“ stieß ebenfalls auf reges Interesse der Delegierten. Das Thema „Die Krise und ihre Folgen“ bestimmte neben der „Rolle der Gewerkschaften“ die Wortmeldungen.

Michael Sommer am Ende des zweiten Kongresstages: „Ganz zum Schluss möchte ich mich Konny Freiberg zuwenden ... weil er etwas verkörpert, auch teilweise durch seine klare Aussprache, aber auch mit dem Witz, den er vertritt. Wenn Konny Freiberg sich im Bundesvorstand des DGB zu Wort meldet, hat es oftmals vorher sehr, sehr, sehr schwierige Debatten untereinander gegeben. Die Stimmung war nicht immer gut, wie das in der Familie manchmal so ist. Dann kommt eben Konny Freiberg und sagt: Übrigens müsst Ihr immer daran denken: Wir sind die Guten.“

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: Auch in Deutschland droht der soziale Frieden in Gefahr zu geraten.



krise darzulegen. Für ihn als Polizist und die Polizei allgemein habe Gerechtigkeit einen ganz besonderen Stellenwert. Es gelinge aktuell nicht, Recht und Gerechtigkeit durchzusetzen. Es fehle an der Personalisierung der Verursacher/der Verantwortlichen. Er forderte die Bundesregierung und die Medien auf, die Firmen und die dahinter stehenden Finanzmanager deutlich zu benennen. Und er forderte die Bundesregierung auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Profiteure zur Kasse zu bitten. Wenn es richtig sei, dass kriminelle Gewinne eingezogen werden müssten, dann sei es erst recht richtig, die Milliarden schweren Zinsgewinne aus der Finanzzockerei abzuschöpfen. Die Gerechtigkeitslücke in Deutschland werde immer deutlicher und größer. Nicht nur in Griechenland und anderen Staaten, sondern auch in Deutschland drohe der soziale Frieden in Gefahr zu geraten.

Es schloss sich eine ausführliche Debatte an, die die Delegierten und Gäste des Kongresses mit Interesse verfolgten.

Auch in dem anschließenden „Politik-Talk“ mit Gregor Gysi (Die Linke), Renate Künast (Bündnis/Die Grünen), Karl-Josef Laumann (CDU) und Olaf Scholz (SPD) ging es neben der Diskussion um soziale Gerechtigkeit auch um die Finanzkrise.

Bei der Frage zu Kürzungen bei der Bildung antwortete Renate Künast: Ich würde eher sagen: Wir müssen mehr Geld für die soziale Infrastruktur ausgeben. ... Die Bildungsfrage ist eine Gerechtigkeitsfrage. Sie ist letztendlich auch eine Frage der inneren Sicherheit. Wenn Sie so große Teile junger Menschen, also Kinder dieser Gesellschaft, ausgrenzen, ihnen keine Chancen geben, sie am Ende ohne Abschluss von der Schule gehen lassen und diese nirgendwo einen Job finden, dann haben wir ein Problem. Dann werden wir uns in viel Teile der Städte gar nicht mehr trauen. Darüber muss man nachdenken.“

Der Kongress setzte die Antragsberatung am 18. Mai fort und folgte im Wesentlichen den Empfehlungen der Antragsberatungskommission, die seitens der GdP vom Kol-



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt (links). Fotos (4): Rüdiger Holecek

legen Bernhard Witthaut unterstützt wurde. Einige Beispiele:

Gute Arbeit für alle: Der DGB fordert eine gute Arbeit für alle! Das heißt: faires Einkommen, berufliche Sicherheit, umfassenden Schutz der Gesundheit und der individuellen Arbeitskraft, ein gesundes und Rentenalter zu erreichen, ein respektvoller und wertschätzender Umgang zwischen den Beschäftigten einschließlich der Vorgesetzten, umfassender und klarer Informationsfluss, ausgewogenen Arbeitszeiten, gute soziale Absicherung und gute betriebliche Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.

Sozialstaat Deutschland: Das beinhaltet gute Bildung und Ausbildung, gute und sichere Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen sowie ausreichende soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Pflegefall, bei Erwerbsminderung und im Alter für Frauen und Männer gleichermaßen – dies sind die elementaren Grundlagen individueller Freiheit, gesellschaftlicher Teilhabe und Wohlstand. Der Sozialstaat zeigt auch und gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise seine Stärken. Die sozialen Sicherungssysteme stehen jedoch nicht erst durch die aktuelle Krise vor einer Belastungsprobe. Die Stabilität der Sozialversicherungen, die grundsätzlich bei jedem Wachstumseinbruch unter Druck geraten, wird durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Ausweitung des Niedriglohnsektors zunehmend gefährdet. DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen diesen Trend umkehren und zugleich bestehende Ungerechtigkeiten beseitigen.

Der Antrag „Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus – Förderung der Zivilgesellschaft ausbauen“ fand genauso eine überzeugende Mehrheit wie der Antrag der GdP zur „Gewalt in der Gesellschaft“.

Nach Ende der Beratungen am 20. Mai 2010 wurde der Kongress nach ausführlichen, lebhaften Debatten geschlossen. Die Mehrheit der Delegierten verließ den Kongress in kämpferischer und motivierter Stimmung.

Alberdina Körner



Mediation in der Polizei – was soll man damit?

Hinter dem Begriff Mediation vermuten viele Menschen bis heute einen fernöstlichen, esoterischen Hokusfokus – mit fliegenden Yoga-Schülern, Pendelschwingerei und mancher meint gar, den Geruch von Räucherstäbchen in der Nase zu spüren. Meditation, die in vielen Religionen und Kulturen geübte spirituelle Praxis, wird oftmals mit Mediation verwechselt. Dabei verbirgt sich hinter der „Meditation ohne t“ etwas ganz anderes.

Mediation ist heute gleichbedeutend mit „Vermittlung“. Vorliegend wird Mediation als ein eigenständiges, außergerichtliches Verfahren der professionellen Konfliktlösung vor einem – in der Regel – neutralen Dritten verstanden, der über



Der Autor: Alexander Segura ist Mediator und hat die Laufbahnbefähigungen für den mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst im Land NRW absolviert. Derzeit promoviert er an der FernUniversität Hagen über das Thema „Innerbehördliche Mediation in der Polizei“.

keine eigene Sachentscheidungsbefugnis verfügt. Im Mediationsverfahren versuchen die Parteien eigenverantwortlich und selbständig zu einer für sie tragbaren Lösung ihres Konfliktes zu kommen. Dabei werden sie von einem Mediator unterstützt.

Tatsächlich ist ein Mediator also nichts anderes als ein Konfliktvermittler – und immer mehr Behörden, Betriebe und Bürger gelangen zu der Erkenntnis, dass die Einschaltung eines solchen „Schlichters“ oft nicht nur günstiger, sondern auch deutlich sinnvoller und nachhaltiger ist, als sich vor den Gerichten, daheim oder auf den Dienststellen zu streiten.

Das mag erklären, warum sich das Verfahren in den vergangenen 20 Jahren in unterschiedlichen Bereichen, wie dem Familien- und Verwaltungsrecht, im Strafrecht sowie Wirtschaftsrecht zunehmend etablieren konnte.

Diesem geänderten Konfliktlösungsverständnis folgend, finden sich – weitgehend unbemerkt vom polizeilichen Tagesgeschäft – mediative Elemente heute in

fast allen polizeilichen Fortbildungsveranstaltungen wieder.

Sinn oder Unsinn der Mediation

Die Vorstellung von Polizei und die Bewertung polizeilicher Arbeit unterliegen Veränderungsprozessen, die von politischen und gesellschaftlichen Faktoren bestimmt werden. Der Wunsch nach Veränderung, das Einführen neuer Modelle, das Umsetzen von Reformen, das Umstrukturieren von Behörden und Dienststellen steht in der Tradition guter Polizei(verwaltungs-)modernisierungen. Tradition scheint es aber leider auch zu sein, dass die frühzeitige Information, das ständige Einbeziehen des Personals, kritische Zieldiskussionen über Auftrag, Produkte, Produktqualität und künftige Entwicklung hierbei leider gerne in Vergessenheit geraten. Veränderungsprozesse können aber nur zusammen mit den Beschäftigten, nicht gegen sie und erst recht nicht ohne sie erfolgen. Prozesse, die nicht richtig kommuniziert werden, beinhalten enormes Konfliktpotential.

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Polizeiliches Handeln ist immer Handeln für und von Menschen. Dies bedarf neben rechtstheoretischen Kenntnissen auch der Fähigkeit zur Ausgestaltung sozialer Prozesse. Ob und wie Polizeibeamte diesen Anforderungen gerecht werden können, ist auch von ihren individuellen Arbeitsbedingungen abhängig. Berufliches Engagement, Freude und Identifikation bedürfen einer funktionierenden innerpolizeilichen Dialogkultur. Konflikte mit Kollegen oder Vorgesetzten, berufliche Unzufriedenheit oder das Gefühl, nicht als Mensch, sondern nur als „Manövriermasse“ behandelt zu werden, wird Auswirkungen auf den einzelnen Polizeibeamten, auf die täglichen Kontakte mit den Bürgern und auf die Organisation Polizei selbst entfalten.

Deshalb gewinnen transparente Entscheidungsstrukturen, ein kooperativer Führungsstil und soziale Kompetenzen zunehmend an Bedeutung dafür, dass sich Mitarbeiter als Mitgestalter fühlen. Konflikte- und Konfliktlösung gehen alle Mitarbeiter etwas an. Und daher sollten nicht nur (aber besonders) Führungs-



kräfte und Vorgesetzte über Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen, Konflikte zu erkennen und konstruktiv zu lösen.

Mediation als Universalheilmittel?

Ein Griff zur Mediation und alle Konflikte sind gelöst? Das wäre utopisch! Mediation soll nicht als Universalschlüssel der Konfliktlösung verstanden werden. Auch kann und will es mitunter nötige Konfliktlösungsmodelle wie juristische Streitverfahren nicht ersetzen. Aber Mediation könnte die vorhandenen Handlungs- und Konfliktlösungsstrategien um ein weiteres, professionelles Element erweitern. Eine moderne Polizei sollte über das „notwendige Rüstzeug“ verfügen, ihre Probleme selbst und effizient lösen zu können. Unter diesem Betrachtungswinkel lohnt sich Mediation für den Einzelnen, die Organisation Polizei und die Gesellschaft gleichsam.

Dieses Potential haben einige Länderpolizeien bereits vor Jahren erkannt und Mediation als festen Bestandteil innerpolizeilicher Konfliktthandhabung dauerhaft in ihre Organisationen integriert. Mögliche Anwendungsgebiete dieses Verfahrens sind vielfältig, etwa bei Konflikten zwischen Personalrat und Dienststellenleitung, im Rahmen eines Disziplinarverfahrens, bei Streitigkeiten zwischen Kollegen oder bei Konflikten zwischen Dienststellenleiter und einzelnen Beamten. Auch im polizeilichen Beschwerdemanagement ist eine Anwendbarkeit grundsätzlich denkbar.

Untersuchung zur Mediation braucht Unterstützung

Innerpolizeiliche Konfliktlösung auf Grundlage mediativer Modelle verursacht augenscheinlich heute immer noch Skepsis, da sie sich sowohl den Erfahrungswerten der Mitarbeiter, als auch einer (innerpolizeilichen) Überprüfung entzieht, mit der Konsequenz, dass sie

bislang regelmäßig ein Nischenleben mit Alibifunktion führt. Zu Unrecht?

Für mehr Klarheit darüber, ob und wie sich Mediation in eine polizeiliche Organisation einpassen kann, will eine Untersuchung sorgen, die im Rahmen eines an der FernUniversität Hagen laufenden Promotionsverfahrens geführt wird. „Aus der Praxis für die Praxis“ ist ein Leitgedanke der Untersuchung. Denn Praktikerin und Praktiker wissen, worauf es in ihrem Berufsalltag ankommt.

Daher lade ich alle Polizistinnen und



Foto: Segura

Polizisten herzlich ein, diese Studie aktiv mitzugestalten: Über einen auf der Internetseite CopZone (<http://www.copzone.de>) hinterlegten Link haben Sie die Möglichkeit, anonym an einer Umfrage zu diesem Thema teilzunehmen. Für das Beantworten des auf den Servern der Fernuniversität Hagen hinterlegten Fragebogens werden etwa 10 Minuten benötigt. Ihre Angaben werden anonym erfasst und entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen behandelt. Darüber hinaus kann jeder in einem Forum über eigene Erfahrungen bzw. Ansichten zum Thema Mediation in der Polizei berichten.

Die Beteiligung erstreckt sich nicht nur auf eine reine Stoffsammlung, sondern ist das entscheidende und tragende Element der Untersuchung. Es ist eine Chance für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die eigenen Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und mögliche Veränderungen aktiv anzuregen. Zukunft entsteht im Gespräch, in einer Atmosphäre des Miteinander.

Nach Abschluss der Umfrage und Auswertung der Ergebnisse – voraussichtlich Ende des Jahres – wird hier in Deutsche Polizei über die gewonnenen Ergebnisse berichtet.

Alexander Segura

Seminar für väterfreundliches Klima

Die „Neuen Väter“ vertreten gleichberechtigte Vorstellungen von Partnerschaft, Berufsbeteiligung und Fürsorge-Verantwortung für Kinder. Nur noch knapp 30% der Väter sehen ihre Rolle in der Familie als „Ernährer“, während sich rund 70 % als „Erzieher“ sehen, die nicht nur den Lebensunterhalt der Familie sichern, sondern auch aktiv Zeit mit ihren Kindern verbringen. Mehr und mehr Männer plagen sich mit Mehrarbeit und Anwesenheits(un-)kultur in Dienststellen und Betrieben, wünschen sich aber gleichzeitig eine ausgewogenere Balance von Arbeit und Leben. In vielen Fällen erleben Männer das Arbeitsklima als wenig familien- und erst recht nicht väterfreundlich. Häufig treffen Väter auf Unverständnis, wenn „ein Mann“ zu Gunsten der Familie seine Arbeitszeit reduziert. Von den Interessenvertretungen in den Behörden fühlen sich betroffene Männer selten kompetent vertreten.

Diesem Mangel an Unterstützung begegnet das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“ (vgl. DP 11/2009 und 1/2010) jetzt mit einem Seminarangebot für Personalräte und Gleichstellungsbeauftragte, die sich mit der Vereinbarkeitssituation von Männern/Vätern beschäftigen und ihre Kompetenz zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken wollen.

Themen des Seminars sind:

- besondere Situation von Männern/Vätern in Betrieben und Verwaltungen
- Work-Life-Balance als Bestandteil betrieblicher Gesundheitsförderung
- familienfreundliche Arbeitszeiten und Gestaltung von Teilzeit für Männer
- betriebliche Angebote für Väter vor, während und nach der Elternzeit
- betriebliche Angebote für Männer/Väter mit Fürsorgeaufgaben (Kindererziehung, Pflege von Angehörigen).

Das Seminar findet statt am 1. Juli 2010 von 10 Uhr bis 17 Uhr in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in Berlin.

Die Freistellung und die Fahrtkostenübernahme für BR, PR, MAV, SBV, Gleichstellungsbeauftragte erfolgen gemäß § 37 Abs. 6 BetrVG, 46 Abs. 6 BPersVG, § 96 SGB IX, § 10 Abs. 5 BGlG und entsprechenden §§ der Landespersonalvertretungsgesetze. Das Seminar ist kostenfrei, Reisekosten können jedoch nicht übernommen werden.

Anmeldungen bitte an:

Sabine Westphal, Tel.: 030/ 24060 – 296, E-Mail: sabine.westphal@dgb.de.

Anja Weusthoff





Weg vom Klischee der „Jungen Wilden“

„SOS – Schutzleute ohne Schutz“ – das war das Motto, unter dem der 13. Bundesjugendkongress vom 26. bis 28. April 2010 in Potsdam resümierte und die Aufgaben für die nächsten Jahre festschrieb. Dazu gehörte die Wahl eines neuen geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes, die Beratung und Abstimmung über rund 60 Anträge – u. a. zur Aus- und Fortbildung, Ausrüstung und Ausstattung, Besoldung, zum Dienstrecht und zu gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Problemen. Die 111 Delegierten des Bundesjugendkongresses vertreten rund 30.000 in der GdP organisierte Polizeibeschäftigte unter 30 Jahren.

einer womöglich „Konferenzsteifigkeit“ konnte dennoch keine Rede sein, denn bei aller Ernsthaftigkeit kam auch der Spaß nicht zu kurz. Die jungen Kolleginnen und Kollegen wurden insgesamt als professionell agierend und hoch motiviert wahrgenommen – mit jeder Menge Lebensfreude und einem hohen Anspruch an sich und die Gesellschaft. Sie haben längst erkannt: Das, wofür man sich heute stark macht,



Das Kongressmotto wurde mit Körpereinsatz visualisiert.

Foto: Hagen Immel

Das Motto zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Konferenz, die damit begann, dass die Teilnehmer mit Körpereinsatz das SOS visualisierten (s. Foto). Vordringlich wurde das Thema „Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten“ behandelt und Lösungsansätze aufgezeigt. Die Junge Gruppe will deutlich machen, dass die Kolleginnen und Kollegen Unterstützung aus der Gesellschaft und der Politik brauchen, um der neuen Qualität und Quantität der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sicher und bestmöglich geschützt begegnen zu können.

Und noch etwas wollten sie auf der Konferenz deutlich machen – und das ist ihnen durchaus gelungen: Sie wollen weg vom Klischee der „jungen Wilden“, denen man jeden Überschwang verzeiht, weil sie noch nicht so sattelfest und lebenserfahren seien und man daher Nachsicht mit ihnen haben müsse. Was sie während der Beratungstage geboten haben, untermauert ihren Anspruch durchaus: Das ging von einer sehr professionellen Verhandlungsleitung über durchdachte Diskussionsbeiträge bis hin zu klar formulierten Anträgen und Beschlussfassungen. Von

wird man später im Beruf und in unserem Land leben.

Es verdient Achtung, in einer Lebensphase, wo privat viele Weichen gestellt werden, sich auch um das berufliche Umfeld intensiv zu kümmern – für sich und für andere – im Ehrenamt wohlgermerkt. Aber kaum jemand würde das tun, wenn es nicht auch bereichernd wäre. Und das ist es auf jeden Fall, wie von Mitgliedern der Jungen Gruppe immer wieder bestätigt wurde.

In diesem Zusammenhang wurde vielfach der „Mutter“-GdP für die permanent



13. GDP-BUNDESJUGENDKONFERENZ



GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: „Mit der GdP finden die jungen Kolleginnen und Kollegen eine starke Organisation vor, die ihnen dabei hilft, ihre Ideen umzusetzen.“

Fotos: Holecek

gute Unterstützung gedankt. Es ist wichtig für die Ehrenamtlichen, professionelle Hilfe durch die Bundesgeschäftsstelle zu bekommen. Unterstützung erfährt die Junge Gruppe auch durch den GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg: „Junge Polizeibeamtinnen und -beamte haben ihr Berufsleben noch weitgehend vor sich. Es ist gut, wenn sie sich schon früh einmischen, um ihre Arbeitsbedingungen selbst zu ändern und dazu nicht auf den Dienstherrn warten. Mit der GdP finden die jungen Kolleginnen und Kollegen eine starke Organisation vor, die ihnen dabei hilft, ihre Ideen umzusetzen“, formulierte er in seiner Ansprache auf dem Kongress.

Auch Hugo Müller, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und im Geschäftsführenden Bundesvorstand für die Junge Gruppe verantwortlich, würdigt das Agieren der Jungen Gruppe: „Die GdP verfügt über eine nicht nur zahlenmäßig starke, sondern auch über eine sehr engagierte Gruppe junger Kolleginnen und Kollegen.“ Es sei für die Gesamtorganisation erfrischend, wenn die jungen

13. GDP-BUNDESJUGENDKONFERENZ



Stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender Hugo Müller: „Die GdP verfügt über eine nicht nur zahlenmäßig starke, sondern auch über eine sehr engagierte Gruppe junger Kolleginnen und Kollegen.“

Kolleginnen und Kollegen die teils ausgetretenen Wege verließen, um beispielsweise neue Aktionsformen zu entwickeln.

„In ihrem mittlerweile 44. Jahr kann die Junge Gruppe auf eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte zurückblicken.“

Neuer Geschäftsführender Bundessjugendvorstand

Da der bisherige Bundesjugendvorsitzende Sascha Göritz die Altersgrenze von 35 Jahren für Funktionsträger der Jungen Gruppe in der GdP überschritten hat, stand er für eine Wahl nicht mehr zur Verfügung. In seinen Abschiedsworten würdigte er die Arbeit der Jungen Gruppe während seiner Amtszeit. Er habe die jungen GdP-Mitglieder vielfältig, ernsthaft, engagiert und intensiv über Lebens- und Arbeitsbedingungen nachdenkend erlebt. Er dankte für den gemeinsamen Weg, auf dem man viel lernen und viele Erfahrungen machen konnte. Er schloss mit den Worten: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Als neue Vorsitzende der Jungen Gruppe kandidierte Sabrina Kunz. Die 29-jährige Rheinland-Pfälzerin hatte ihren Einstieg in die Gewerkschaftsarbeit mit der Gründung der Jungen Gruppe Koblenz, aber auch mit der Gründung und Übernahme des Amtes der Vorsitzenden der DGB-Jugend in Koblenz, gefunden. Seit 5 Jahren ist sie auf Bundesebenen im Bundesjugendvorstand aktiv. Sie machte in ihrer Vorstellungsrede deutlich, dass sie die Junge Gruppe als einen



Der neue Geschäftsführende GdP-Bundesjugendvorstand (v.l.): Lars Jähmann (Schriftführer), Jochen Zeng (stellv. Bundesjugendvorsitzender), Sabrina Kunz (Bundesjugendvorsitzende), Sebastian Sieler (stellv. Bundesjugendvorsitzender), Caroline Manicke (stellv. Bundesjugendkassiererin), Jens Berner (stell. Bundesjugendvorsitzender), Fabian Heike (Bundesjugendkassierer) und Daniel Käbisch (stellv. Schriftführer).



13. GDP-BUNDESJUGENDKONFERENZ



Die neue Bundesjugendvorsitzende der GdP, Sabrina Kunz: „Junge Menschen müssen ebenso als selbstverantwortliche Subjekte politischen Handelns wahr- und ernst genommen werden wie Wirtschaftsriesen, denn ein wirksamer Dialog muss auf Augenhöhe stattfinden – und da befinden wir uns.“

Teil der jungen Menschen in Deutschland versteht. Und sie machte darauf aufmerksam, dass die Kolleginnen und Kollegen sowohl im Dienst als auch privat mit einer zunehmenden Perspektivlosigkeit vieler Junger Menschen und tagtäglich mit einem gesellschaftlichen Verrohungsprozess in Berührung kommen. „Wir schauen darüber hinaus dabei zu, dass soziale Unruhen und Gewalt zunehmend in unserer Gesellschaft Einzug finden, nicht selten fokussiert sich die Gewalt dabei auf uns.“ Daraus ergäben sich gerade für die junge Gruppe klar umrissene Aufgaben.

Mit großer Mehrheit wählten die 111 Delegierten der 13. Bundesjugendkonferenz

der GdP Sabrina Kunz zur neuen GdP-Bundesjugendvorsitzenden.

Auch die weiteren sieben Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesjugendvorstands konnten beste Wahlergebnisse erzielen und dankten den Delegierten für das ihnen entgegengebrachte Vertrauen.

Die Junge Gruppe machte mit drei Workshops deutlich, dass sie ihren Kongress als wirklichen Arbeitskongress verstanden hatten.



Die Junge Gruppe will vordringlich das Thema Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten aufgreifen. Sascha Göritz, ehemaliger GdP-Bundesjugendvorsitzender: „Die Junge Gruppe will deutlich machen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen Unterstützung aus der Gesellschaft und der Politik brauchen, um der neuen Qualität und Quantität der Gewalt gegen Beamtinnen und Beamten sicher und bestmöglich geschützt begegnen zu können.“ Immer öfter sähen sich Polizistinnen und Polizisten Gewaltbereiten gegenüber, die ihre Aggressionen ausließen und die Zielscheibe Polizei suchten, um ihrer Wut auf den Staat Lauf zu lassen. Nicht selten, so der scheidende Bundesjugendvorsitzende, erlitten Kolleginnen und Kollegen dabei schwere Schäden an Körper und Seele.

Vordringliches Thema war dabei die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte.

Der Arbeitskreis „Europa, Internationales und Ausbildung“ beschäftigte

sich insbesondere mit dem Thema des geeinten Europas und daraus resultierenden Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeitswelt. Auch hier konnten erste Positionen und Grundforderungen erarbeitet werden.

Des Weiteren machten sich die jungen Kolleginnen und Kollegen Gedanken zur Zukunft der Gewerkschaften.

Resolution zur Gewalt gegen Polizeibeamte

In einer einmütig beschlossenen Resolution fordern die 111 Delegierten der 13. Bundesjugendkonferenz der GdP von politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern, konsequent die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu verhindern, zu sanktionieren und Erkenntnisse aus der aktuellen Gewalt-Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V mit konkreten Maßnahmen zu versehen. Ebenso sei die Schaffung einer eigenen strafrechtlichen Norm, wie ein neuer Paragraph 115 StGB – tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten – dabei zwingend erforderlich. Die jungen Gewerkschafter sprachen sich zudem für verbesserte Maßnahmen zur Eindämmung des Alkoholkonsums junger Menschen aus.

Fragt man sich in heutiger Zeit oft, warum sich die junge Generation in unserem Land nicht wirklich intensiv für ihre Rechte einsetzt, sich in Debatten einmischt, die ihre Zukunft betreffen, wird man von der Jungen Gruppe hier eines besseren belehrt. Man darf auf die nächsten Jahre gespannt sein.

Marion Tetzner





Urteile

Angemessenheit der Heilpraktiker-Vergütung

Wenn ein Beamter eine Behandlung durch einen Heilpraktiker erfährt, sind nach dem Beihilferecht seine Aufwendungen für die Leistungen des Heilpraktikers beihilfefähig. Jedoch heißt es im Beihilferecht weiter, dass Aufwendungen für die Leistung eines Heilpraktikers bis zur Höhe des Mindestsatzes des im April 1985 geltenden Gebührenverzeichnisses für Heilpraktiker angemessen sind, jedoch höchstens bis zum Schwellenwert des Gebührenrahmens der Gebührenordnung für Ärzte bei vergleichbaren Leistungen.

Nach dem Urteil des **Bundesverwaltungsgerichts vom 12.11.2009 – 2 C 61/08** – ist die Begrenzung der Angemessenheit der Aufwendungen auf die Höhe des Mindestsatzes des im April 1985 geltenden Gebührenverzeichnisses für Heilpraktiker mit dem Gleichheitsgrundsatz des

Grundgesetzes nicht vereinbar und daher unwirksam.

Nach der Auffassung des Gerichts ist die Behandlung durch Heilpraktiker als notwendig anzusehen, sofern dafür die medizinischen Voraussetzungen vorliegen. Damit unvereinbar ist eine Begrenzung der Beihilfefähigkeit auf den Mindestsatz des im April 1985 geltenden Gebührenverzeichnisses für Heilpraktiker. Für diese Begrenzung fehlt es an einer inneren Rechtfertigung. Die Regelung begrenzt die Beihilfe zu den dem Beamten entstandenen Aufwendungen in einer Weise, die mit der grundsätzlichen Entscheidung, Leistungen von Heilpraktikern als beihilfefähig anzuerkennen, in Widerspruch steht.

Nach der Auffassung des Gerichts spricht nichts dafür, dass Heilpraktiker Leistungen in jüngster Zeit üblicherweise noch zu den Mindestbedingungen des Jahres 1985 zu erlangen gewesen waren. Ohnehin verbietet sich die Annahme, dass der im Gebührenverzeichnis angegebene Mindestbetrag auch nur die durchschnittliche Vergütung erfasst.

Ausdrücklich wendet sich das Gericht gegen die Vorstellung, Behandlungen durch Heilpraktiker wären eigentlich nicht notwendig, weil eine ausreichende medizinische Versorgung der Beamten bereits durch ärztliche Leistungen sichergestellt sei. Das Gericht meint, dass für die Höhe der Heilpraktikerhonorierung eine Anlehnung an die ärztlichen Gebührenordnungen in Betracht zu ziehen ist. Jedoch sind Aufwendungen für die Behandlung durch einen Heilpraktiker regelmäßig nicht in gleicher Höhe angemessen, wie Aufwendungen für eine ärztliche Behandlung.

Dr. Otto

Verbot ein Dienstfahrzeug zu führen

Wenn die Dienstbehörde gegenüber einem Polizeibeamten das Verbot ausspricht, ein Dienstkraftfahrzeug zu führen, stellt sich diese Regelung als eine Änderung des dem Beamten bisher zugewiesenen Aufgabenbereichs und damit als bloße innerorganisatorische Maßnahme dar. Der Regelung kommt keine unmittelbare Außenwirkung zu, so dass es sich nicht um einen Verwaltungsakt handelt. Sie ist vielmehr zu der Vielzahl der im einzelnen nicht durch Vorschriften erfassten Maßnahmen zu rechnen, die zur Erhaltung und Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung unerlässlich sind. Ihrem objektiven Sinngehalt nach gehört sie zu den

Anordnungen, die die dienstlichen Verrichtungen des Beamten betreffen und sich in ihren Auswirkungen auf die organisatorische Einheit beschränken, der der Beamte angehört.

Diese Auffassung hat das **Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen im Beschluß vom 2.7.2009 – 6 A 4096/06** – vertreten.

Die getroffene Regelung gilt nur für den Geschäftsbereich des Dienstvorgesetzten und erledigt sich, wenn der Beamte versetzt wird. Dann ist der bisherige Dienstvorgesetzte nicht mehr befugt, Anordnungen gegenüber ihm ehemals weisungsunterworfenen Beamten zu treffen, die nunmehr einer anderen Behörde unterstehen. Dementsprechend können Anordnungen, die solchen Beamten erteilt worden waren, als sie noch Dienst in dem früheren Geschäftsbereich hatten, nach deren Versetzung zu anderen Behörden keine Wirkung mehr äußern. Dass das Verbot, Dienstkraftfahrzeuge zu führen, letztlich allein auf der Weigerung des Beamten zurückging, sich im Rahmen der turnusmäßig vorgeschriebenen Kraftfahrtauglichkeitsuntersuchung einer Blutentnahme zu unterziehen, ergibt die auf den eigenen Geschäftsbereich begrenzte Reichweite der Maßnahme. Dies gilt erst recht, wenn es eine uneinheitliche Praxis der Polizeibehörden im Land gibt. Dies ist der Fall, wenn es nicht als zwingend angesehen wird, zur Feststellung der Kraftfahrtauglichkeit generell das Blut der betroffenen Beamten zu untersuchen und ihm im Falle der Weigerung der Blutentnahme das Führen von Dienstkraftfahrzeugen zu untersagen.

Im Urteil kommt noch zum Ausdruck, dass es sich bei dem Verbot um eine Ermessenserwägung handelt, die nicht willkürlich sein darf. Nach der Auffassung des Gerichts ist es sachlich gerechtfertigt, wenn ein Behördenleiter, um denkbare Unfallrisiken für die ihm unterstellten Beamten und Dritte weitestgehend auszuschließen, denjenigen Beamten das Führen von Dienstkraftfahrzeugen untersagt, deren Kraftfahrtauglichkeit er für ungeklärt hält. Ob der jeweilige Beamten in Wirklichkeit kraftfahrtauglich ist bzw. zu Recht oder zu Unrecht die Klärung der Kraftfahrtauglichkeit im Sinne der von dem Behördenleiter vertretenen Auffassung verhindert hat, ist dabei für die Sachgerechtigkeit der Maßnahme ohne Belang. Allein maßgeblich ist, dass nach der jedenfalls nicht unvertretbaren Meinung des Verantwortlichen die Kraftfahrtauglichkeit klärungsbedürftig, tatsächlich aber nicht geklärt ist.

Dr. Otto



6. BUNDESSENIORENKONFERENZ

„Experten des Lebens“ tagten

Das Motto der 6. Bundesseniorenkonferenz ist für die 111 Delegierten Programm: „Leben gestalten – Senioren übernehmen Verantwortung“. Sie tagten am 19. und 20. April in Potsdam, um den Kurs der GdP-Seniorenarbeit für die nächsten vier Jahre zu bestimmen.

Die Delegierten der 6. Bundesseniorenkonferenz haben während der zwei Tage mit Sachkunde, relativer Gelassenheit und mit deutlichem Anspruch ihre Posi-

gab es noch nie, ist aber nichts anderes, als der Entwicklung gerecht zu werden. Genauso, wie die Seniorengruppe der GdP den Zeichen der Zeit gerecht wird,

für Senioren (APS)‘ den Service für unsere Mitglieder deutlich verbessert“, so Artur Jung. Dieses Aktivprogramm wird übrigens von den Mitgliedern intensiv angenommen.

Auch wenn Artur Jung nun nicht mehr als Bundesseniorenvorsitzender kandidierte, so versprach er den Delegierten doch, dass er weiterhin mit Hingabe und Engagement für die Belange der GdP-



Lange Tagesordnung: Über 40 Anträge lagen zur Beratung und Abstimmung vor.

tionen vertreten, ihre Beschlüsse gefasst und damit die selbst gesteckten Ziele für die nächsten Jahre definiert.

Und sie haben einen neuen Vorstand gewählt, in dem es ein Novum gibt: Erstmals ist darin eine Frau vertreten. Das



Der neue Geschäftsführende Bundesseniorenvorstand: Anton Wiemers aus Nordrhein-Westfalen, Bundesseniorenvorsitzender der GdP; Sigrid Graedtke aus Brandenburg, Schriftführerin, und Frank Poster aus Schleswig-Holstein, stellvertr. Bundesseniorenvorsitzender (v.r.n.l.)



Der scheidende GdP-Bundesseniorenvorsitzende Artur Jung: „Die GdP-Seniorengruppe hat sich in den letzten vier Jahren intensiv für Verbesserungen der Alters- und Gesundheitsversorgung eingesetzt. Zudem haben wir durch das online verfügbare ‚Aktivprogramm für Senioren (APS)‘ den Service für unsere Mitglieder deutlich verbessert.“

wenn wir uns die demografische Entwicklung in unserem Land ansehen: Längst ist es nicht mehr so, dass nur vorwiegend die, die im Berufsleben stehen, die Geschicke in unserem Land mitbestimmen. Die immer größer werdende Zahl der Älteren fordert geradezu, dass sie ihre Stimme erheben und zu einer gerechten, funktionierenden und akzeptierten Gesellschaft ihren Beitrag leisten.

Und das haben die Seniorinnen und Senioren in der GdP in den vergangenen Jahren durchaus getan. Der scheidende GdP-Bundesseniorenvorsitzende Artur Jung konnte resümieren, dass die GdP-Seniorengruppe sich in den letzten vier Jahren z. B. intensiv für die Verbesserungen der Alters- und Gesundheitsversorgung eingesetzt hat. „Zudem haben wir durch das online verfügbare ‚Aktivprogramm

Seniorinnen und Senioren eintreten werde. Er scheidet zwar als Bundesseniorenvorsitzender aus, verbleibe aber als saarländischer Seniorenvorsitzender im Bundesseniorenvorstand. Er werde sich vor allem für eine bessere Vertretung der Interessen von Seniorinnen und Senioren im DGB einsetzen.

Nicht immer „Ja und Amen“ gesagt

Bernhard Witthaut, stellvertretender GdP-Bundesseniorenvorsitzender und im Geschäftsführenden GdP-Bundesseniorenvorstand für die Seniorenpolitik verantwortlich, ließ die letzten vier Jahre des scheidenden Bundesseniorenvorstands aus seiner Sicht Revue passieren: Der Bundesseniorenvorstand habe nicht nur die GdP-Seniorenarbeit deutlich gestärkt, sondern auch



6. BUNDESSENIORENKONFERENZ



Bernhard Witthaut, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Seniorenpolitik zuständig: „Ihr habt nicht immer ‚Ja und Amen‘ gesagt, ihr habt mit konstruktiver Kritik geholfen, Probleme zu erkennen und Lösungswege zu finden.“

die Gesamtorganisation weiter nach vorn gebracht. Witthaut: „Ihr habt nicht immer ‚Ja und Amen‘ gesagt, ihr habt mit konstruktiver Kritik geholfen, Probleme zu erkennen und Lösungswege zu finden.“ Ebenso sei es dem Geschäftsführenden Bundesseiniorenvorstand zu verdanken, dass auch eine gemeinsame Linie im Ver-



Pater Bernhard Pieler forderte die Delegierten am Ende seines Referates auf: „Spielen Sie mit als ‚Experten des Lebens‘; denn wer mitspielt, gestaltet.“

Fotos: Michael Zielasko

hältnis der Ost- und West-Kolleginnen und -Kollegen gefunden wurde.

Auch der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg würdigte in seiner Ansprache die GdP-Bundesseiniorengruppe als wichtiges Gremium: „Für die GdP als weitaus größte Arbeitnehmervertretung der Polizei ist es selbstverständlich, dass wir nicht nur sich im aktiven Dienst befindlichen Polizistinnen und Polizisten eine Stimme geben. Was die GdP-Seniorengruppe heute leistet, trägt schon morgen für zukünftige Ruheständler und Versorgungsempfänger Früchte.“

In seiner Rede an die Delegierten ging Freiberg auf die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise ein, die letztendlich so ziemlich jeden in der Gesellschaft treffen wird: „Die Frage ist: Wer zahlt die Zeche?“ Die Schuldenbremse zwingt Bund und Länder zum Sparen. Der Leidtragende sei jetzt der öffentliche Dienst und damit auch die Polizei. Was nun aller Orten passieren werde, sei klar: Drastische Reduzierungen, der Abbau staatlicher Leistungen und eine Privatisierungswelle. Und am Ende treffe es natürlich auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Neuer Vorsitzender

Als neuer Vorsitzender der Bundesseiniorengruppe wurde Anton Wiemers aus Nordrhein-Westfalen gewählt. Als sich der dynamische 62-Jährige den Delegierten vorstellte, nannte er vier Begriffe, die für ihn Programm sind: Bildung, Bewegung, Beratung und Begegnung. Seit rund 35 Jahren in der GdP engagiert sich der Träger des Bundesverdienstkreuzes seit 1977 auf verschiedenen gewerkschaftspolitischen Ebenen. Im Oktober 2009 übernahm er den Landesseiniorenvorsitz der GdP-Nordrhein-Westfalen. Der Vater von drei Kindern musiziert gerne in seiner Freizeit – Orgel, Klavier und Zugposaune.

Die Delegierten entschieden auf ihrer Konferenz insgesamt über 40 Anträge

– u. a. zu bezahlbaren Pflegeleistungen, gegen Kürzungen im Versorgungsrecht, zur Änderung der Richtlinien der GdP-Seniorengruppe (Bund), zur Erhöhung der Sterbegeldbeihilfe und gegen Leistungskürzungen bei der Deutschen Bahn.

Das thematische Hauptreferat zum Tagungsmotto „Leben gestalten – Senioren übernehmen Verantwortung“ hielt Pater Pieler von der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar. Sein



GdP Bundesvorsitzender Konrad Freiberg gratuliert dem neuen Bundesseiniorenvorsitzenden unmittelbar nach dessen Wahl.

kurzweiliger, philosophisch-anschaulicher Vortrag stieß bei den Delegierten auf hohe Aufmerksamkeit und Zustimmung. In sein Wortspiel um das Bild „Das Leben ist ein Spiel“ hat er sowohl aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft als auch die persönliche Verantwortung des Einzelnen hinein geflochten.

Seine Betrachtung über die Seniorinnen und Senioren als „Experten des Lebens“ machte regelrecht Mut, die Vorteile und Chancen des Alters zu nutzen: u. a. sich mit Zeit und Gelassenheit in der Demokratie auch zu streiten. Allerdings mit weniger Hitzigkeit, dafür mit etwas mehr Nachdenklichkeit.

Er forderte die Delegierten am Ende seines Referates auf: „Spielen Sie mit als ‚Experten des Lebens‘; denn wer mitspielt, gestaltet.“

Marion Tetzner



Knappe Kassen und Gewalt

Frühjahrstagung des EuroCOP-Komitees

Der Festakt zum 20-jährigen Bestehen der Polizeigewerkschaft in Polen bildete den Rahmen für die Frühjahrstagung des EuroCOP-Komitees am 10. und 11. Mai 2010 in Krakau (Polen). Neben Nachwahlen zum Exekutivkomitee und einer Neubesetzung von drei Unterausschüssen stand eine ganze Reihe wichtiger Beschlüsse auf der Tagesordnung.

Angesichts drastischer Einsparungen in der Polizei in einer wachsenden Zahl von EU-Mitgliedsstaaten hat sich das EuroCOP-Komitee erneut mit den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Polizei befasst. EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer brachte es vor dem Hintergrund der Aus-



schreitungen in Griechenland auf den Punkt: „Unsere Kolleginnen und Kollegen halten den Kopf hin für die Fehler anderer. Ihnen wird nicht nur, wie jedem Bürger ins Portemonnaie gegriffen, um die Folgen von Misswirtschaft zu bezahlen, sie dürfen auch noch die Prügel dafür einstecken.“

Gegen wahllose Kürzungen zur Haushaltssanierung, wie sie von der EU und dem Internationalen Währungsfonds IWF gegenüber Staaten in finanzieller Bedrängnis gefordert werden, setzt das EuroCOP-Komitee die Forderung nach einem Stabilitätspakt für die Polizei. Kiefer: „Die Politik darf nicht auf der einen Seite eine immer engere Zusammenarbeit der Polizeien in Europa fordern, auf der anderen Seite aber bewusst mit ansehen, wie die professionellen Standards in den Strafverfolgungsbehörden einer ganzen Reihe von Ländern rapide sinken. Eine gut ausgestattete, professionelle

Polizei mit gut ausgebildeten und versorgten Beschäftigten ist das Fundament, auf dem eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Augenhöhe überhaupt erst stattfinden kann.“

Als Konsequenz fordert EuroCOP die Vereinbarung von qualitativen und quantitativen Mindeststandards für die Polizeien der Mitgliedsstaaten, hinter die kein Mitgliedsstaat zurückfallen darf. Kiefer: „Bei aller Notwendigkeit, zu sparen, dürfen wir nicht zulassen, dass dadurch die Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zerstört werden.“

Volle Unterstützung für diese Forderung kam vom Stellvertretenden Polizeichef in Polen, Kazimierz Sz wajkowski. Auch in Polen, wo Kürzungen im Haushalt der Polizei bislang verhindert worden sind, werden die drastischen Einschnitte im Nachbarland Litauen mit großer Sorge gesehen.

Arbeitszeitrichtlinie

Nachdem im Dezember 2009 der Versuch eine Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie im Europäischen Parlament gescheitert war, hat die EU-Kommission im April zu einem neuen Anlauf angesetzt. Derzeit läuft das Konsultationsverfahren, in dem die Kom-

mission zunächst die Sozialpartner anhört. EuroCOP ist über den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) in dieses Verfahren eingebunden. Die Positionen haben sich gegenüber 2009 allerdings nicht verändert. Das hat jetzt das EuroCOP-Komitee in einer Resolution nochmals bekräftigt: Der Grundgedanke des Arbeitsschutzes soll auch weiterhin Vorrang vor anderen Zielen, wie etwa Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit behalten. Auch sollen weit gefasste Ausnahmetatbestände, wie etwa das sogenannte individuelle ‚opt out‘ abgeschafft werden.



Heinz Kiefer, EuroCOP-Präsident: „Eine gut ausgestattete, professionelle Polizei mit gut ausgebildeten und versorgten Beschäftigten ist das Fundament, auf dem eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Augenhöhe überhaupt erst stattfinden kann.“

„Wir sind gegen jede Regelung, die es der Arbeitgeberseite ermöglicht, einseitig und ohne Kontrolle durch Betriebsrat und Sozialpartner Druck auf einzelne Beschäftigte auszuüben,“ so EuroCOP-Präsident Kiefer.



Zeichen der Solidarität: Die schwarz-blaue Schleife verbindet Aktionen gegen Gewalt gegen die Polizei in ganz Europa.
Fotos (2): JV

Verhandlungsbereitschaft signalisiert das EuroCOP-Komitee beim Thema der Verbesserung von Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. „Die Arbeitszeitrichtlinie darf auch in Zukunft nicht zu familienfeindlichen Schichtmodellen führen“, so Kiefer.

Die Beschützer schützen!

Nach der europäischen Auftaktveranstaltung zum Thema Gewalt gegen die Polizei in Madrid vom 12. April 2010 (DP berichtete) hat das EuroCOP-Komitee die Ergebnisse in 10 Forderungen zur Verhinderung von Gewalt gegen die Polizei zusammengefasst (siehe Kasten). Der Forderungskatalog bildet den Kern einer Kampagne, die bis zum EuroCOP-Kongress im November 2011 Aktionen von EuroCOP und der Mitgliedsorganisationen bündeln soll. Gemeinsames Erkennungszeichen der Kampagne ist die blau-schwarze Schleife, die als Symbol der Solidarität mit Polizeibeschäftigten, die Opfer von Gewalt werden, bereits auf der Konferenz in Madrid vorgestellt worden war.

„Es geht uns darum, klarzustellen, dass Gewalt gegen die Polizei ein Phänomen ist, unter dem alle Gesellschaften in Europa leiden,“ so EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer. „Unser Forderungskatalog richtet sich an die Politik sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene. Gewalt ist längst grenzüberschreitend und wir verlangen, dass die Politik das endlich anerkennt und danach handelt.“

Auf Anregung von Bernhard Witthaut (GdP) und Heinz Butthauer (Verband der Schweizer Polizeibeamten) wird sich kurzfristig eine Arbeitsgruppe mit der Planung weiterer konkreter Maßnahmen befassen.

GdP stärkt ihr Profil in Gremien

Auf der Frühjahrstagung des EuroCOP-Komitees ist Frank Richter, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP, in das EuroCOP-Exekutivkomitee aufgerückt. Er ersetzt Norrie Flowers, der nach seiner Pensionierung in Schottland vorzeitig aus dem Exekutivkomitee ausgeschieden ist.

Der erste europäische Auftrag ist es nicht: Als Vorsitzender des Ausschusses Kollektivrechte in der Polizei kann Frank Richter bereits auf zwei Jahre erfolgreiche Arbeit auf

der europäischen Ebene zurückblicken. Mit der Wahl ins Exekutivkomitee nimmt er jetzt gemeinsam mit dem EuroCOP-Präsidenten Heinz Kiefer und vier weiteren Vorstandskollegen Verantwortung in der Führung des europäischen Dachverbands der Polizei bis zum EuroCOP-Kongress Ende 2011 wahr.



Frank Richter

Für weitere zwei Jahre ist Elke Günd-

ner-Ede, ebenfalls Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP, als Mitglied des Gleichstellungsausschusses bei EuroCOP bestätigt worden. Das neue Team mit Annie Sandersen Skootam (Norwegen), Albertine Sauwens (Belgien), Katia Ganeva (Bulgarien) und Maria Esther Fernandez (Spanien) und Elke Gündner-Ede wird sich für die Förderung der Gleichstellung nicht nur bei EuroCOP, sondern auch bei den Mitgliedsorganisationen einsetzen. Basis für die Arbeit des Ausschusses ist der Maßnahmenkatalog der EuroCOP-Charta für Gender-Mainstreaming in Polizeigewerkschaften (www.eurocop.org link: subcommittees).

JV

Stoppt Gewalt gegen die Polizei: 10 Forderungen von EuroCOP

Die im Europäischen Verband der Polizei organisierten Gewerkschaften und Berufsorganisationen der Polizei fordern im Namen aller Polizeibeschäftigten und ihrer Angehörigen politische Entscheidungsträger

- in nationalen, regionalen und lokalen Regierungen und Parlamenten in Europa,
 - in den Institutionen der Europäischen Union
 - im Europarat dringend auf:
1. Eine breite politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit denen Ursachen gewalttätigen Verhaltens sowie möglicher Strategien zur Verhinderung von Gewalt auf allen Ebenen aktiv zu fördern, mit dem Ziel, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu stärken, der Gewalt als akzeptable Verhaltensweise klar und unmissverständlich ablehnt.
 2. Aktiv und systematisch an einer Minimierung von gewalttätigem Verhalten in jedem Zusammenhang, insbesondere aber gegenüber Polizeibeschäftigten, zu arbeiten.
 3. Aktiv und systematisch an einer Verbesserung des Schutzes von Polizeibeschäftigten vor gewalttätigem Verhalten zu arbeiten.
 4. Sicherzustellen, dass bereits auf Ebene der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei einem bestmöglichen Schutz vor gewalttätigen Übergriffen Rechnung getragen wird.
 5. Sicherzustellen, dass ein aktiver und systematischer Arbeitsschutzgedanke im Sinne der EU-Richtlinie 89/391/EEC im polizeilichen Alltag auf allen Hierarchieebenen verankert wird.
 6. Sicherzustellen, dass die Förderung eines aktiven Gefahrenbewusstseins ein fester Bestandteil polizeilicher Aus- und Weiterbildung wird.
 7. Sicherzustellen, dass bei der Planung und Durchführung von Einsätzen, insbesondere Großlagen, Entscheidungsstrukturen und Kommunikationswege so angelegt werden, dass Gefahren schnell und effizient begegnet werden kann
 8. Sicherzustellen, dass Polizeibeschäftigte, die Opfer von Gewalt werden, rechtliche, finanzielle und psychologische Unterstützung erhalten, mit dem Ziel, ihre Dienstfähigkeit zu erhalten und einen sozialen und wirtschaftlichen Abstieg in Folge einer Verletzung zu verhindern. In keinem Fall dürfen Polizeibeschäftigte zur Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber Gewalttätern auf den Privatrechtsweg beschränkt werden.
 9. Sicherzustellen, dass der strafrechtliche Schutz von Polizeibeschäftigten und ihrer Angehörigen lückenlos ist und insbesondere der durch Gewaltanwendung gegenüber einem Polizisten zu Ausdruck gebrachten Missachtung gegenüber der Gesellschaft durch gesteigerte Sanktion sowie einen möglichst schnellen Verfahrensbeginn Ausdruck verliehen wird.
 10. Sicherzustellen, dass gewalttätige Übergriffe gegen Polizeibeschäftigte unabhängig von den Folgen systematisch erfasst und ausgewertet werden, mit dem Ziel, den Schutz von Polizeibeschäftigten zu verbessern.





BOS-Digitalfunknetz: Ein weiterer wichtiger Meilenstein wurde erreicht

Es geht langsam, aber es geht voran. Ende März wurde wieder ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in die BOS-Digitalwelt erreicht: Am 22. März 2010 hat die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) den Zuschlag im Vergabeverfahren über den Betrieb des BOS-Digitalfunknetzes an die Alcatel-Lucent Deutschland AG erteilt.

Die Aufgabe des Betreibers ist es, die hohe Verfügbarkeit und Qualität des digitalen Funknetzes für die BOS für die kommenden 10 Jahre sicherzustellen.

Die Funkversorgung wird durch Basisstationen sicherstellen, die das gesamte Versorgungsgebiet in einzelne Funkzellen aufteilt. Alle Basisstationen sind über Leitungswege oder Richtfunkstrecken mit einer Vermittlungsstelle verbunden. Diese Vermittlungsstellen sind miteinander vernetzt und über technische Schnittstellen mit den Leitstellen und den öffentlichen Telefonnetzen verbunden. Da die Vernetzung länderübergreifend erfolgt, entsteht somit ein bundesweites digitales Funknetz für die BOS, das nunmehr durch die Alcatel-Lucent Deutschland AG betrieben wird.

Anforderungen an Endgeräte festgelegt

Auch bei der Auftragserteilung für die Endgeräte des BOS-Digitalfunks ist Bewegung im „Spiel“. Die Endgeräte werden im Rahmen eigenständiger Vergabeverfahren durch Bund und Länder beschafft. Die grundsätzlichen Anforderungen an die Geräte wurden vom Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern zusammengestellt und sind

Grundlage für die Ausschreibungen. TETRA-Endgeräte werden von verschiedenen Herstellern angeboten.

Das Vergabeverfahren für die TETRA-Endgeräte bezieht sich auf: HRT = Handfunkgeräte, MRT = Fahrzeugfunkgeräte, FRT = ortsfeste Funkanlagen und Pager.

Die erste Endgeräteausschreibung wurde bereits im November 2008 entschieden. Niedersachsen und Bremen hatten der Selectric Nachrichtensysteme GmbH den Zuschlag für die Lieferung von ca. 8.000 Sepura-TETRA-Endgeräten erteilt. Selectric ist Exklusivpartner des britischen Herstellers Sepura für den Vertrieb an die deutschen BOS.

Zwischenzeitlich erhielt Selectric Nachrichtensysteme GmbH auch den Zuschlag zur Lieferung der Endgeräte für Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern und Baden-Württemberg.

Sepura-Endgeräte werden in weltweit über 80 Ländern erfolgreich eingesetzt. Als TETRA-Handfunkgerät kommt das STP8000 zum Einsatz. Neben der übersichtlichen und leicht verständlichen Menüführung bieten u. a. frei programmierbare Tasten die Möglichkeit zur individuellen Funktionsbelegung. Der Fokus der Sepura-Entwicklungen liegt auch beim neuen STP8000 auf dem Aspekt Sicherheit – Sicherheit

bei der Sprach- und Datenübertragung sowie „ZukunftSICHERHEIT“ bei der technischen Ausstattung des Gerätes. Dabei werden Standard- und kundenspezifische Verschlüsselungsalgorithmen ebenso unterstützt wie die Verschlüsselung via Luftschnittstelle (TEA 1-4). Mit der „BOS-Sicherheitskarte“ bietet das STP8000 Unterstützung für die operativ, taktische Adresse, ISSI sowie die „Ende-zu-Ende Verschlüsselung“.

Die Motorola GmbH erhielt zunächst den Zuschlag für Berlin und Thüringen und eine Teilvergabe für Sachsen-Anhalt, dann folgte der Zuschlag für Schleswig-Holstein. Die bisher größte Ausschreibung von insgesamt 53.000 Digitalfunk-Endgeräten durch das Beschaffungsamt des Bundes, die auch weltweit als bisher größter Auftrag für die TETRA-Technik gilt, gewann Ende März auch die Motorola GmbH.

Das TETRA-Handfunkgerät ist das neue leicht bedienbare und robuste „MTP850 FuG“. Zu den umfangreichen Sicherheitsmerkmalen gehören:

- Ende-zu-Ende-Verschlüsselung gem. den Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)
- Einhaltung der BOS-Funktionsanforderungen
- Sendeleistung bis zu 1,8 Watt für eine höhere Reichweite – insbesondere im Direkt-Modus (DMO)
- FMS-Status-Applikation (Funk-Melde-System) sowie akustische Sendetastentätigung für eine schnelle und effiziente Kommunikation
- Integrierte „Totmann-Alarmschaltung“, die einen Notruf an die Leitstelle absetzt, sobald sich das Digitalfunkgerät über eine bestimmte Zeit nicht bewegt oder sich über einen vordefinierten Winkel hinaus neigt.

Der Bund stattet mit den bestellten Endgeräten die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Technische Hilfswerk aus.

Im Saarland, in Hessen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sind die Ausschreibungen noch nicht abgeschlossen.

Horst Müller



Das Handfunkgerät von Selectric Nachrichtensysteme GmbH.

Foto: Selectric Nachrichtensysteme GmbH



Das Handfunkgerät von Motorola GmbH.

Foto: Motorola GmbH



„Effizienter Staat“ mit Besucherrekord

Wandel braucht Austausch – seit 13 Jahren begleitet die Kongressmesse des Behörden Spiegel nun schon die Verwaltungsmodernisierung in Deutschland: Am 27. und 28. April fand in Berlin der 13. Deutsche Verwaltungskongress „Effizienter Staat“ des Behörden Spiegel statt. Mit knapp 1.000 angemeldeten Teilnehmern verzeichnet er einen Besucherrekord.

Der Verwaltungskongress ist zu einem festen Bestandteil der Transformationsdiskussion geworden. Best Practice, Informationsaustausch und Kontaktaufbau zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft stehen im Vordergrund dieser traditionsreichen Veranstaltung.

Das Jahr 2010 stand in der Vergangenheit häufig als Synonym für die Zukunft. Tatsächlich beginnt in diesem Jahr ein Stück Zukunft: Der neue Personalausweis soll Ende dieses Jahres eingeführt werden. Mit diesem Projekt werden viele Hoffnungen verbunden, schließlich soll der elektronische Identitätsnachweis Sicherheit und Komfort von E-Business und E-Government deutlich erhöhen.

Martin Schalbruch, IT-Direktor im Bundesministerium des Innern, hielt den Eingangsvortrag: „Für ein modernes föderales E-Government – die Nationale E-Government-Strategie und der IT-Planungsrat“.

In diversen Foren wurden u.a. folgende Themen behandelt:

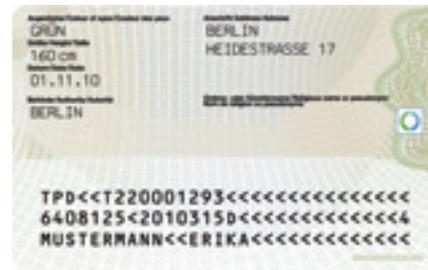


Quelle: Bundesministerium des Innern/Referat IT 4

- Der neue Ausweis – Tor zu einer digitalen Welt
- Der Brief im Internet
- Dienstleistungszentren in der Verwaltung
- Verwaltungsanwendungen der elektronischen Signatur
- Die Behörden-Rufnummer D115
- Facebook, Twitter & Co.: Wie verändert Web 2.0 die Verwaltungskommunikation?
- Leistungsvergleiche in der öffentlichen Verwaltung

Neue Modernisierungsdiskussion

Der diesjährige Titel „government2020.de“ hat gezeigt, dass der „Effiziente Staat“



auch einen Ausblick auf die Modernisierungs-Agenda der nächsten Jahre gegeben hat: Unter dem Begriff „Government 2.0“ schwappt eine neue Modernisierungsdiskussion in die Behörden. Durch Web 2.0-Anwendungen werden neue Kommunikationsformen der Verwaltungen mit den Bürgern möglich – ein Wandel, der nicht nur die IT-Abteilungen beschäftigen wird. Leistungsvergleiche in der öffentlichen Verwaltung, Prozessorientierung und bessere Rechtsetzung waren und sind weitere Themen dieses Schwerpunktes.

Horst Müller

Die Sicherheitsbranche als Dialogpartner

Die Sicherheitsbranche hat Hochkonjunktur. Und so war auch der Kongress, den der Verband für Sicherheitstechnik (VfS) unter dem Motto „Mit der Sicherheitsbranche im konstruktiven Dialog“ in Leipzig am 20. und 21. April veranstaltete, bestens besucht.

Mit über 550 Teilnehmern und 60 Ausstellern war der Jubiläums-Kongress im Vorjahr bereits ein großer Erfolg, der den VfS dazu bewogen hat, auch in diesem Jahr wieder einen Kongress zu veranstalten. Zum Vorjahr gab es einige Änderungen – das Angebot an Fachvorträgen wurde erheblich ausgeweitet und die Ausstellungsfläche vergrößert.

60 Vorträge zu so ziemlich allen Security-Themen standen auf dem Programm. So waren z. B. 15 Sicherheitsverantwortliche von Top-Unternehmen vertreten, die über ihre Konzepte und Erfahrungen mit Technik referierten (u. a. zu Perimeterschutz, Managementsystemen und Biometrie).

Weitere Referate wurden von Rechts-

anwälten, Planern und Vertretern von Sicherheitsbehörden und Fachministerien gehalten. Sie analysierten in ihren Vorträgen Bedrohungen, stellten Vermeidungsstrategien und präventive Maßnahmen vor, beleuchteten rechtliche Rahmenbedingungen und diskutierten die Problemkreise von Haftung, Ausschreibung und Vergabe. Auch wurden Konzepte der Sicherheitsplanung und Auswahlkriterien für Sicherheitstechnik in verschiedenen Vorträgen thematisiert.

Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamtes, referierte z. B. über „Kriminalität in den neuen Medien“. Dabei ging er auch auf die Entwicklung des Tatmittels Internet und der Kriminalität im Internet ein. Seine vordringlichsten Themen waren

dabei DDOS-Attacken mit BOT-Netzen, Kinderpornografie, Industriespionage, Phishing-Angriffe auf Emissionshandel, Phishing, „Warenagenten“, die Kommunikation über das Internet und die in Deutschland verhinderten Terroranschläge, Terrorismus und neue Medien und das Gemeinsame Internet Zentrum (GIZ) mit BND, BfV, BKA, MAD und GBA.

Die Veranstaltung wendete sich an ein Branchenspektrum von Industrie und Transport über Flughäfen und Verkehrssicherheit bis zu Justizvollzugsanstalten, Krankenhäusern und Öffentliche Sicherheit.

Die begleitende Messe war für die Teilnehmer schon vor der „Security“ die Gelegenheit, sich umfassend über neue Produkte und den Stand der Technik zu informieren. Jüngste und bereits vorhersehbare künftige technische Entwicklungen wurden in einem Extra-Panel von führenden Herstellern in 30 weiteren Kurzvorträgen vorgestellt. Für die Teilnehmer ergaben sich viele Möglichkeiten neue Erkenntnisse mitzunehmen und Kontakte zu knüpfen.

Horst Müller





Hilfe vor Druck

Jahrestagung der BAG Suchtberatung in der Polizei

Hilfe geht vor Druck, aber es hilft auch niemandem, wenn man mit Wattebällchen wirft – das ist nur eine der Botschaften, die während der jährlichen Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Suchtberatung in der Polizei (BAG) deutlich wurden. Anfang Mai trafen sich in Potsdam Mitglieder der BAG unter dem Motto „Schuster bleib bei deinen Leisten“ mit Polizeiarzten, Dienststellenleitern, juristischen und Sucht-Experten auf ihrer 21. Fachtagung.

Es war nicht einfach nur eine Tagung zu fachlichen Themen, man beging auch den 20. Jahrestag der BAG Suchtberatung in der Polizei – und so erinnerte man sich zwangsläufig an die Anfänge – damals, Ende der achtziger Jahre, als auch in der Polizei Abhängigkeitserkrankungen nicht länger ignoriert werden konnten. Zu dieser Zeit ergriffen Beamte, Suchtkrankenhelfer, Ärzte und Polizeibetreuer in Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen

Die Anfänge

In seinem Impulsreferat auf der diesjährigen Fachtagung griff BAK-Präsident Jörg Ziercke einige Schwerpunkte der zurückliegenden Jahre auf – z. B. dass das Thema „Alkohol am Arbeitsplatz“ viel zu lange verharmlost wurde und es nicht leicht war, ein Bewusstsein für Suchtprobleme in der Polizei zu schaffen. Das war gerade zu Beginn für die Suchtberater

wahre Pionierarbeit in einem oft sehr skeptischen Umfeld. Dass in diesen Fragen heute eine andere Einstellung herrscht, führte er ganz wesentlich auf die Arbeit der ehrenamtlichen Suchtberater zurück.

Seit 1999 übernehmen die jeweiligen Innenminister die Schirmherrschaft über die Jahrestagungen und im März 2001 erkannte der Unterausschuss der Unterausschuss Recht und Verwaltung des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz die Initiative der BAG als bedeutsamen Beitrag zur polizeilichen Arbeit an. Das gab Rückenstärkung und

war ein deutliches Zeichen der Akzeptanz der Suchtproblematik, aber auch der Arbeit der Suchtberater. Die „Ehrenamtler“ konnten fortan ihre Ziele effizienter verfolgen und die Vernetzung weiter vor-

bringen. Deutlich mehr Hilfsangebote wurden für betroffene Kolleginnen und Kollegen sowohl in den Länderpolizeien als auch im Bund geschaffen und Beratungsstellen ausgebaut.

Eingehend auf das Motto „Schuster bleib bei Deinen Leisten“ wies der BKA-Präsident darauf hin, dass Suchtberatung in der Polizei zum einen behördeninterne Netzwerke benötige, die u. a. dazu beitragen, der internen Öffentlichkeitsarbeit zum Erfolg zu verhelfen. Zum anderen müssten Suchberater mit externen Stellen wie z. B. Suchtkliniken kooperieren. „Gerade als Präsident des Bundeskriminalamtes kann ich aus Überzeugung sagen, dass man die Bedeutung eines gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Vorgehens wohl kaum überschätzen kann. Wenn ein Zahnrad ins nächste greift, jeder engagiert den Teil der Aufgabe erfüllt, in dem er über die meiste Sachkenntnis verfügt und alle einander vertrauen, werden gute Ergebnisse nicht lange auf sich warten lassen.“

Heute tauschen sich die Mitglieder der BAG längst nicht nur auf der jährlichen Fachtagung aus, obwohl diese nach wie vor eine hohe Bedeutung für die Arbeit der BAG hat. Der bundesweite Erfahrungsaustausch findet Dank der neuen Medien fortlaufend und unkompliziert statt: Man gibt einander fachkundige Tipps und unterstützt sich durch Seminare wechselseitig bei der Arbeit. Fachleute der BAG beteiligen sich an Fachhochschulen und der Deutschen Hochschule der Polizei, an der Ausbildung von Führungskräften. Jüngst wurden in der BAG Qualitätsstandards für die polizeibehördliche Suchtprävention erarbeitet.

Warum Suchthelfer?

Welches sind die eigentlichen Aufgaben eines Suchtberaters in der Polizei?

Ideal wäre es, wenn ein Betroffener selbst den ersten Schritt, weil ihm nahestehende Menschen oder sein Hausarzt, Vorgesetzte oder Kollegen auf Zeichen eine möglichen Sucht angesprochen haben und er daraufhin erkennt, dass er tatsächlich



BKA-Präsident Jörg Ziercke im Gespräch mit dem diesjährigen Schirmherrn der Tagung, Brandenburgs Innenminister Rainer Speer. Der Schirmherr würdigte in seinem Grußwort explizit die honoräre Arbeit der BAG.
Foto: Tetz

und Bayern die Initiative. Zusammen erarbeiteten sie eine erste Grundlage für die Betreuung alkoholkranker Kollegen. Daraus entstand die BAG mit ihrem zentralen Leitsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“.



ein Problem z. B. mit Alkohol hat und daraufhin das Beratungsangebot seiner Behörde annimmt. Fehlt ihm jedoch die Einsicht, hat der Vorgesetzte grundsätzlich eine amtsärztliche Untersuchung zu veranlassen, in der eine Mitwirkungspflicht des Beschäftigten besteht.

Der Suchtberater hingegen hat die Aufgabe, dem Betroffenen zu helfen, durch gemeinsam erarbeitete Lösungen Mut zu fassen und sein Leben wieder in den Griff zu bekommen. Er hat jedoch weder die Pflicht noch Zuständigkeit, disziplinarrechtlich oder arbeitsrechtlich Druck auszuüben.

Er wird sich den Problemen mit viel Geduld annehmen – auf der Basis von Freiwilligkeit und Vertrauen. Es kommt dabei

auf seine Wahrnehmungsfähigkeit an und auf sein Vermögen, darauf angemessen und mitunter ideenreich einzugehen. Er bleibt in Kontakt mit den Vorgesetzten, tauscht sich mit dem Polizeiarzt aus und begleitet den Betroffenen auf bürokratischen und realen Wegen.

Der Suchtberater ist also Teil der Therapiekette und Bindeglied zwischen Beschäftigten und Leitungsebene. Dort allerdings braucht er Akzeptanz und Unterstützung.

Verantwortung der Führungskräfte

Jörg Ziercke widmete in seinem Im-

pulsreferat den Führungskräften einen besonderen Passus: Sie „... müssen ihre Fürsorgepflicht konsequent wahrnehmen und rechtzeitig die richtigen Schritte einleiten, um dem Betroffenen oder Gefährdeten zu helfen. ... Die disziplinarrechtliche und arbeitsrechtliche Grundlage bietet angemessene Möglichkeiten, um dem Betroffenen dazu zu bewegen, den Weg aus dem Teufelskreis der Sucht zu beschreiten.“

Laut Studien bringen Alkoholiker nur 75 % ihrer Leistungskraft ein, fehlen 16 Mal häufiger und sind 2,5 Mal so oft krank, wie ihre Kollegen. Der BKA-Präsident untermauerte das Recht der Vorgesetzten, auf hundertprozentigem Arbeitseinsatz zu beharren.





Der neue Vorstand der BAG Suchtberatung in der Polizei (v.l.n.r.): Erich Holtkamp, Polizei NRW; Getrud Philippi, BKA; Dieter Senges, Polizei Saarland; Michael Geier, Polizei Bremen; Dr. med. Beate Krieghoff, Polizei Sachsen; Paul Blum, Polizei Schleswig-Holstein (auf dem Bild fehlt Frau Dr. med. Ursula Luding, Bundespolizei). Foto: Bräuer

Führungskräfte müssen sich aber auch bei der Prävention einbringen, so Ziercke weiter. Sie haben die Aufgabe, allen Beschäftigten die Dimension und die Ernsthaftigkeit von Suchtproblemen vor Augen zu führen. Und sie müssen darüber hinaus auch die Interessen der anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wahren, die Anspruch darauf haben, nicht massiv von den Auswirkungen der Suchtkrankheit eines Kollegen oder einer Kollegin beeinträchtigt zu werden. Gibt es durch Suchtprobleme Konflikte am Arbeitsplatz sind Vorgesetzte gefordert, frühzeitig, schnell und entschlossen Lösungen herbeizuführen. Die Suchtberater stehen ihnen dabei mit ihrem spezifischen Fachwissen zur Verfügung.

Aber es geht bei Süchten nicht allein um Alkohol. Auch Medikamentensucht und nicht substanzbezogene Süchte nehmen offenbar zu. Eine Diagnose am Arbeitsplatz ist meist nur eine Veränderung des Verhaltens der Betroffenen.

„Wir brauchen eine Amtskultur des Hinsehens“

Jörg Ziercke appellierte in diesem Zusammenhang an die Achtsamkeit füreinander am Arbeitsplatz: Wir sollten gemeinsam eine Arbeitswelt gestalten, die von gegenseitiger Toleranz geprägt

ist, in der Suchtprobleme angesprochen und bewältigt werden. Den Vorgesetz-

Alkohol – Situation in Deutschland

9,5 Mio. Menschen in Deutschland konsumieren Alkohol in gesundheitlich riskanter Form. Etwa 1,3 Mio. Menschen gelten als alkoholabhängig. Jedes Jahr sterben in Deutschland nach neuen Berechnungen mindestens 73.000 Menschen an den Folgen ihres Alkoholmissbrauchs.

Medikamente – Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit

In Deutschland sind schätzungsweise 1,4-1,9 Mio. Menschen medikamentenabhängig, davon 70 % Frauen.

Internetsucht – Pathologischer Internetgebrauch

Pathologischer Internetgebrauch ist eine neue und unzureichend erforschte Impulskontrollstörung oder Verhaltenssucht, deren Symptome dem pathologischen Spielen vergleichbar sind. Ein charakteristisches Merkmal ist eine exzessive und in der Selbstkontrolle so stark beeinträchtigte Nutzung von Internetanwendungen, dass psychosoziale Folgeprobleme auftreten.

Quelle: Drogen- und Suchtbericht Mai 2009 Bundesministerium für Gesundheit

ten obliegt ohnehin eine Fürsorgepflicht. Dadurch sollen sich alle weiteren Beschäftigten jedoch nicht veranlasst sehen, offensichtliche Probleme ihrer Kolleginnen und Kollegen nicht weiter zu beachten ... Wer mit anderen über Jahre hinweg eng zusammenarbeitet, ... sollte seine Augen vor deren Sorgen und Nöten nicht verschließen. Suchtkranke brauchen die Aufmerksamkeit, Zuwendung und Hilfe ihres gesamten sozialen Umfelds.“

Es ist beeindruckend, wie engagiert die BAG in den letzten Jahren Bemerkenswertes geleistet hat – ganz sicher für viele Einzelne, aber auch im Voranbringen des Gedankens „Hilfe durch Selbsthilfe“ in der Behörde selbst.

Sie haben in ihrem Ehrenamt eine hohe Verantwortung, die sie mit ständig neuem Wissen untersetzen müssen, wenn sie ihr gerecht werden wollen. Auch auf der diesjährigen Tagung haben sie ihre Kenntnisse zur rechts- und Vorschriftenlage, zum Krankheitsbild von Suchtkranken und therapeutischen Möglichkeiten erweitert. Hervorragende Referenten aus der Praxis wie der Direktor der salus Klinik in Lindau, Dr. Johannes Lindenmeyer, oder Ernst-Albrecht Schwandt, Jurist beim Bundesdisziplinarverteidiger a. D., gaben anschaulich und tiefgründig fundiertes Wissen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiter.

All das macht Mut, dass Kolleginnen und Kollegen mit möglichen Abhängigkeitsproblemen sich nicht mehr allein fühlen müssen, sondern auf wissende und erfahrene Suchtberater zugehen und ab dem ersten Schritt mit Hilfe rechnen können.

Neuer Vorstand

Zum Abschluss der Tagung wählte die BAG ihren neuen Vorstand.

Paul Blum hat die BAG mit aus der Taufe gehoben, war von Anfang an mit hohem persönlichen Einsatz in der Suchtberatung tätig und seit zehn Jahren Bundesvorsitzender der BAG. Aus Altersgründen kandidierte er nicht mehr als Vorsitzender. Aber er wird eine neue Funktion im Vorstand wahrnehmen: Er will künftig als Seniorenbetreuer mit seinem Wissen und seinen vielen Erfahrungen zur Verfügung stehen – weil das Problem mit der Sucht nicht mit dem Berufsleben aufhört und weil es niemals zu spät ist, aus diesem Teufelskreis herauszukommen. Und weil keiner diesen Weg allein erfolgreich gehen kann. Und aufgeben will man Niemanden.

Marion Tetzner





Von Überzeugungsarbeit bis zu Dienstvereinbarungen

Nach 20 Jahren hat die BAG Suchtberatung in der Polizei einen fast komplett neuen Vorstand bekommen. Der „alte“ Vorstandsvorsitzende, Paul Blum, kandidierte nicht mehr als 1. Mann im Gremium. An seine Stelle wurde Dieter Senges in das Amt gewählt. DP sprach mit ihm kurz nach der Wahl.

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl als Vorstandsvorsitzender, Kollege Senges. Was wird in nächster Zeit auf die BAG zukommen?

Wir werden uns vermutlich im Juni 2010 als Vorstand zur ersten Sitzung treffen. Insofern kann und möchte ich derzeit noch keine ganz konkreten Vorhaben der künftigen Arbeit benennen. Es gibt jedoch Themenbereiche, die sich mit Sicherheit im Arbeitskatalog der BAG wiederfinden werden. Das ist unbedingt die Öffentlichkeitsarbeit „nach innen“ – sprich Verbesserung der Kommunikation im Netzwerk der Suchtkrankenhilfe bei den Polizeien von Bund und Ländern sowie die Verbes-



Dieter Senges, 50 Jahre alt, verheiratet, drei erwachsene Kinder; Polizeihauptkommissar, seit 1980 bei der Saarländischen Vollzugs-polizei, Studium an der Fachhochschule; seit April 2006 2. hauptamtlicher

Suchtberater beim polizeiärztlichen Dienst im MDI Saarland; daneben seit Jahren in der örtlichen Suchtselbsthilfe ehrenamtlich tätig (selbst trockener Alkoholiker); in der BAG seit 2006; seit 6.5.2010 nach der Vorstandsneuwahl bei der Fachtagung in Potsdam Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft.

serung/Intensivierung der strukturellen Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe/Ärzten/Sozialberatern/Psychologen und Therapeuten (z. B. durch gemeinsame Fachtagungen auf Behörden-, Länder- oder ggfls. Bundesebene).

Außerdem werden wir auch weiterhin intensive Überzeugungsarbeit leisten bei den Verantwortungsträgern von Politik und Polizeibehörden über die Umsetzung der zwischenzeitlich als allgemeinverbindlich anerkannten Qualitätsstandards in der betrieblichen Suchtprävention und Suchthilfe, erarbeitet durch die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) von 2006.

Welche Qualitätsstandards sind das?

Diese sog. Qualitätsstandards beschreiben die vier maßgeblichen Bereiche

1. Vorbeugen von Suchtgefährdungen im Betrieb,
2. Intervention, Beratung und Suchthilfe im Betrieb,
3. betriebliche Suchtberatung durch interne Einrichtungen und externe Dienstleister und
4. strukturelle Einbindung der betrieblichen Suchtprävention, Qualitätssicherung und Evaluation.

Die detaillierten Ausführungen der Qualitätsstandards beschreiben u. a. sehr genau das Erfordernis und die Qualitätsanforderungen an die betriebliche Suchtberatung, die Verankerung der Suchtprävention/-beratung in den betrieblichen (behördlichen) Strukturen sowie die unbedingte Notwendigkeit von Betriebs- und Dienstvereinbarungen im Interesse einer Transparenz für alle Mitarbeiter – also für Führungskräfte, aber auch für jeweils nachgeordnetes Personal und deren Vertretungen.

Mehr zu den Qualitätsstandards ist zu finden unter:

http://www.dhs.de/makeit/cms/cms_upload/dhs/qualitaetsstandards_betriebliche_suchtpraevention.pdf

Wie weit ist es mit Dienstvereinbarungen in der Polizei zum Thema Suchtmittel?

Gerade das Thema Dienstvereinbarungen im Hinblick auf Suchtmittel wird immer wieder kontrovers diskutiert. Wir sind noch meilenweit davon entfernt, einheitliche Dienstvereinbarungen und verbindliche Regelungen über den Umgang mit gefährdeten Mitarbeitern in den Strukturen der Polizeien von Bund und Ländern zu haben. Das wird mit Sicherheit eine unserer hauptsächlichen Aufgaben in den nächsten Jahren werden.

Was ist neu in der Vorstandsstruktur?

Wir haben erstmals in unseren Vorstand einen Seniorenvertreter gewählt. Denn das Suchtproblem betrifft nicht nur Menschen im erwerbsfähigen Alter. Paul Blum, der

langjährige und verdiente Vorsitzende der BAG, hat mit Ablauf der Wahlperiode aus Altersgründen nicht mehr für den Vorsitz kandidiert, dafür wurde er jedoch erneut in den Vorstand in das neue Amt des ‚Seniorenvertreter‘ gewählt. Ich bin froh, dass wir ihn als erfahrenes und kenntnisreiches Vorstandsmitglied an unserer Seite haben.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Suchtberatung in der Polizei ist ein bundesweiter Arbeitskreis innerhalb der Polizei. Er setzt sich zusammen aus dem Vorstand und den Vertretern der beteiligten Länder. Mitglieder sind Polizeibesetzte (u. a. Betroffene) und Fachleute der verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen (Medizin, Pädagogik, Psychologie, Sozialarbeit). Die BAG ist offen für alle Polizeibesetzte.

Ziele der BAG:

- Unterstützung und Koordinierung der jeweiligen Länderinitiativen
- Fachliche Beratung der Länder bei der Entwicklung der betrieblichen Suchtkrankenhilfe und Entwurf von Dienstvereinbarungen
- Bildungsarbeit der Kollegen vor Ort
- Kontakte zu politischen Organen und Behörden
- Öffentlichkeitsarbeit
- Kontakte zu Beratungsstellen, Fachkliniken und Haupt- und Landesstellen gegen Suchtgefahren

Daraus resultierende Aufgaben:

- Unterstützung und Koordinierung der Länderinitiativen
- fachliche Beratung und Unterstützung der Länder bei der (Weiter-) Entwicklung von Rahmenbedingungen und Hilffssystemen
- fachliche Beratung und Unterstützung der Mitglieder, insbesondere in der Bildungsarbeit vor Ort
- ständige Kontakte zu politischen Organen und Behörden
- Öffentlichkeitsarbeit
- Zusammenarbeit mit fachlichen und öffentlichen Einrichtungen
- Informations-/Erfahrungsaustausch
- Durchführung von Fachtagungen

Darüber hinaus bemühen sich die Mitglieder, in allen problematischen Lebenssituationen Hilfestellungen zu geben.



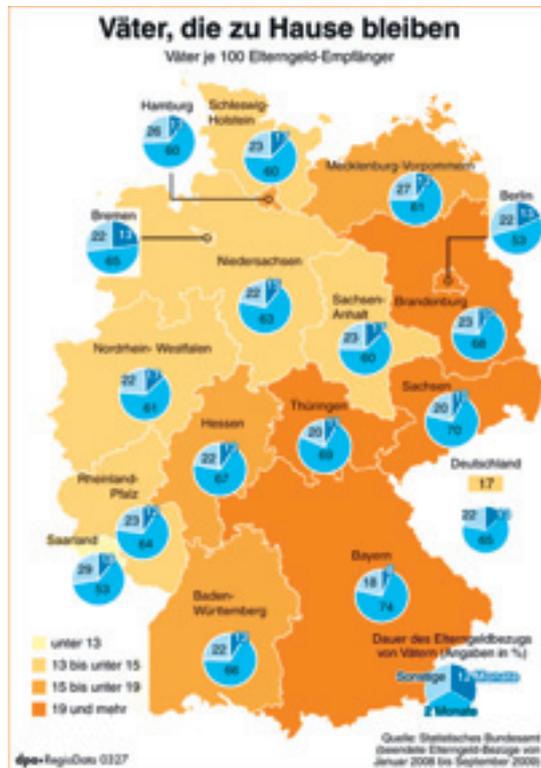


Umstrittene Pläne

Familienministerin Kristina Schröder will die Partnermonate verdoppeln und ein Teilelterngeld für 28 Monate einführen. Finanzminister Wolfgang Schäuble sperrt sich nicht nur wegen der allgemeinen Haushaltslage. Auch die eigentlich erwünschte starke Nutzung der Regelung durch Väter treibt die Kosten in die Höhe.

von Thomas Gesterkamp

Die „Papamonate“ sind eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. 21 Prozent der Elterngeldbezieher sind inzwischen Männer, vor der Einführung der Lohnersatzleistung in 2007 waren es nur 3,5



Prozent. Geschlechterpolitisch ist das ein großer Fortschritt, für die Verwalter des Bundeshaushalts aber eine zusätzliche Belastung. 4,48 Milliarden Euro stehen im laufenden Jahr zur Auszahlung bereit. Das Finanzministerium hatte ursprünglich mit geringeren Beträgen kalkuliert. Ausgerechnet die Väter erweisen sich mit ihrem im Schnitt höheren Gehältern als „Kostentreiber“: 67 Prozent vom früheren Nettoeinkommen (bis zu 1.800 Euro im Monat) fallen bei den männlichen Elternzeitlern mehr ins Gewicht, weil diese meist mehr verdienen als ihre Partnerinnen.

Kristina Schröder (CDU), die Nachfolgerin Ursula von der Leyens, braucht dringend ein Prestigeprojekt, mit dem sie

sich in ihrem Amt profilieren kann. Die Novelle des Elterngeldgesetzes steht im schwarzgelben Koalitionsvertrag. Die Ministerin will die Bezugsdauer von derzeit maximal 14 auf 16 Monate ausweiten. Die so genannten Vätermonate – die verfallen, wenn sie nicht vom Partner, meist dem Mann, genommen werden – will sie von zwei auf vier steigern. Außerdem soll es länger möglich sein, dass beide Eltern parallel Teilzeit arbeiten und dabei Teilelterngeld beziehen. Bisher ist dieses Arrangement direkt nach der Geburt eines Kindes wenig attraktiv. Paare, die gleichzeitig in die Elternzeit gehen, haben schon nach sieben gemeinsamen Monaten den Anspruch auf staatliche Leistungen aufgebraucht:

Die Pläne der Ministerin stoßen auf Proteste. So hält Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, eine Ausweitung der Baby-pause für überflüssig: „Je länger die Auszeit, desto schwieriger der Wiedereinstieg in den Job.“ Zwar sei das Elterngeld grundsätzlich eine „wichtige Innovation“. Doch den Betrieben sei nicht zumutbar, mehr als ein Jahr auf qualifizierte Kräfte zu verzichten. Auch den Mitarbeitern selbst tue man damit keinen Gefallen: Die Zeit, „in der Eltern keinen Bezug zu ihrem Arbeitsplatz haben“, sollte „möglichst kurz gehalten“ sein.

Noch gewichtiger Widerstand gegen den Referentenentwurf des Ministeriums kommt von den Haushaltspolitikern. Dessen wird das Elterngeld schlicht zu teuer. Die Lohnersatzleistung verschlinge mehr als doppelt so viel wie das frühere Erziehungsgeld, rechnet FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms vor. Viel lieber würde der Freidemokrat dieses Geld dem Lieblingsprojekt seiner Partei, dem um-

strittenen Steuerentlastungskonzept, zur Verfügung stellen.

Auch das Bundesfinanzministerium lehnt das Vorhaben Kristina Schröders ab. Die Zuarbeiter Wolfgang Schäubles monieren zusätzliche Kosten von 250 Millionen Euro. Wegen des allgemeinen Sparziels von mindestens zehn Milliarden Euro bestehe im Etat für 2011 kein Spielraum für ein erweitertes Elterngeld. Schröder aber beharrt auf ihren Plänen. Um die Familienministerin nicht zu brüskieren, stellen Berater im Kanzleramt einen Kompromiss zur Diskussion: Danach müsste sie auf die Verlängerung der „Papamonate“ verzichten, bekäme aber immerhin 137 Millionen zusätzlich für die Teilzeitvariante des Elterngeldes.



Foto: Michael Reichel/dpa

Väterpolitisch würde sich damit allerdings nicht so viel bewegen wie bei einer Ausweitung der Papamonate. Denn nur wenn Männer über einen längeren Zeitraum finanziell gut ausgestattet pausieren können – also nicht nur eine Art Urlaub machen – kann das wirksam die Rollenaufteilung von Paaren verändern und zudem die Anwesenheits- und Unentbehrlichkeitskultur in den Betrieben in Frage stellen.

Thomas Gesterkamp ist Autor des Buches „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“, das gerade in einer aktualisierten Neuauflage erschienen ist (Verlag Barbara Budrich, 12,90 Euro).



Vertrauensleutearbeit auf breite Basis stellen

Die Vertrauensleutearbeit stärken, sie auf eine breite Basis stellen, Detailwissen vermitteln u. v. m. war das Ziel des GdP-Multiplikatorenseminars, das mit 17 Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen Landesbezirken und der Bundespolizei im November 2009 in Brakel stattgefunden hat. Mit einem zweistufigen Seminar (der 2. Teil fand im März statt) konnte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum einen umfangreiches Wissen über die GdP, ihre Strukturen, Geschichte, ihre Erfolge, ihr internationales Engagement und rechtliche Grundlagen vermittelt werden.

Zum anderen kamen in diesen beiden Seminarteilen die verschiedenen Techniken der Methodik und Didaktik, der Körpersprache und der Wege, sich und andere zu motivieren, nicht zu kurz.

Beim zweiten Seminarbaustein konnten einige Teilnehmer bereits auf die Erfahrungen im Bereich der Vertrauensleuteschulungen blicken. Viele der hochmotivierten Multiplikatoren haben

zwischenzeitlich Schulungen in ihren Landesbezirken durchgeführt, ihr bisheriges Wissen intensiviert, neue Methoden ange-

wandt oder werden in der nächsten Zeit erstmals Seminare für Vertrauensleute durchführen. *Annette Terweide*



Teilnehmer des Vertrauensleute-Seminars

Foto: GdP

AUSLANDSEINSATZ

Zurück aus Afghanistan

Bereits Ende 2009 bat der Bezirkspersonalrat (BPR) der Bundespolizei den Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums darum, Mitgliedern dieses Gremiums eine Dienstreise nach Afghanistan zu ermöglichen, um einen persönlichen Eindruck zur schwierigen Einsatzsituation unserer Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen. Drei BPR-Kollegen aus der Bundespolizei konnten sich kürzlich ein Bild vor Ort machen; mit dabei war auch ein Mitglied des Gesamtpersonalrates beim Bundeskriminalamt. Zu den vordringlich zu lösenden Problemen der eingesetzten deutschen Kolleginnen und Kollegen in Afghanistan (Themenfelder: Arbeitszeit, Ausstattung/Einsatzmittel, unterschiedliche Bezahlungsstrukturen, Beurteilungsproblematik, reisekostenrechtliche Auslegungsprobleme, unzureichendes Betreuungskonzept) und den abzuleitenden gewerkschaftlichen Forderungen berichten wir in einer der nächsten Ausgaben. *Martin Schilff*



Lageeinweisung einer der umstrittenen FPDD-Streifen, zu denen sich die GdP im Hinblick eines strikten Trennungsgebotes (polizeiliche und militärische Aufgabenerfüllung) bereits eindeutig positioniert hat. FPDD heißt Focused Police District Development und ist ein Ausbildungsprogramm zur Polizeireform, das darauf abzielt, die operativen und institutionellen Fähigkeiten der Afghanischen Nationalpolizei (ANP) auf Distriktebene zu verbessern. Foto: Martin Schilff



Preisverleihung

Am 14. April 2010 wurde bei der Deutschen Hochschule der Polizei in Hiltrup der „Preis der Deutschen Hochschule 2009“ vergeben.

Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol), als gemeinsame Bildungs- und Forschungseinrichtung der Polizeien des Bundes und der Länder, vergibt diesen Preis für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten zu Themen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit, um den Behörden und Einrichtungen der Polizeien von Bund und Ländern neue Erkenntnisse zu erschließen. Vergeben wird der Preis seit 1975 im zweijährigen Rhythmus – in diesem Jahr zum 18. Mal.

Der mit 3.000 Euro dotierte 1. Preis ging an Herrn Dr. iur. Christoph S. Schewe (Bielefeld) für seine Dissertation „Das Sicherheitsgefühl und die Polizei – Darf die Polizei das Sicherheitsgefühl schützen?“. Je 1.500 Euro für den gemeinsamen 2. Platz erhielt Frau Dr. phil. Christa Dern vom Bundeskriminalamt (Wiesba-



den) für ihre wissenschaftliche Abhandlung „Autorenerkennung: Theorie und Praxis der linguistischen Tatschreibenanalyse“ und Herr Dr. iur. Sebastian Messer (Kiel) für seine Dissertation „Die poli-

Die Preisträger: Der 1. Preis ging an Herrn Dr. iur. Christoph S. Schewe (r.) für seine Dissertation „Das Sicherheitsgefühl und die Polizei – Darf die Polizei das Sicherheitsgefühl schützen?“. Den 2. Platz teilten sich Frau Dr. phil. Christa Dern vom Bundeskriminalamt (l.) für ihre wissenschaftliche Abhandlung „Autorenerkennung: Theorie und Praxis der linguistischen Tatschreibenanalyse“ und Herr Dr. iur. Sebastian Messer (Mitte) für seine Dissertation „Die polizeiliche Registrierung von Widerstandshandlungen – eine kriminalsoziologische Untersuchung“. Foto: DHPol

zeiliche Registrierung von Widerstandshandlungen – eine kriminalsoziologische Untersuchung“.

Insgesamt wurden 28 Beiträge zur Vergabe des „Preises der DHPol 2009“ angenommen.

Norbert Reckers M.A., Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsche Hochschule der Polizei

VERKEHR

Motorradfahrer verbessern Unfallbilanz

Die Zahl der Motorradunfälle geht langsam aber sicher zurück. Wie der ACE (Auto Club Europa) berichtete, passierten im vergangenen Jahr rund 10.000 Biker-Unfälle weniger als noch zu Beginn des Jahrzehnts. Das sei auch deshalb bemerkenswert, weil der Bestand an motorisierten Zweirädern in etwa gleich geblieben ist.

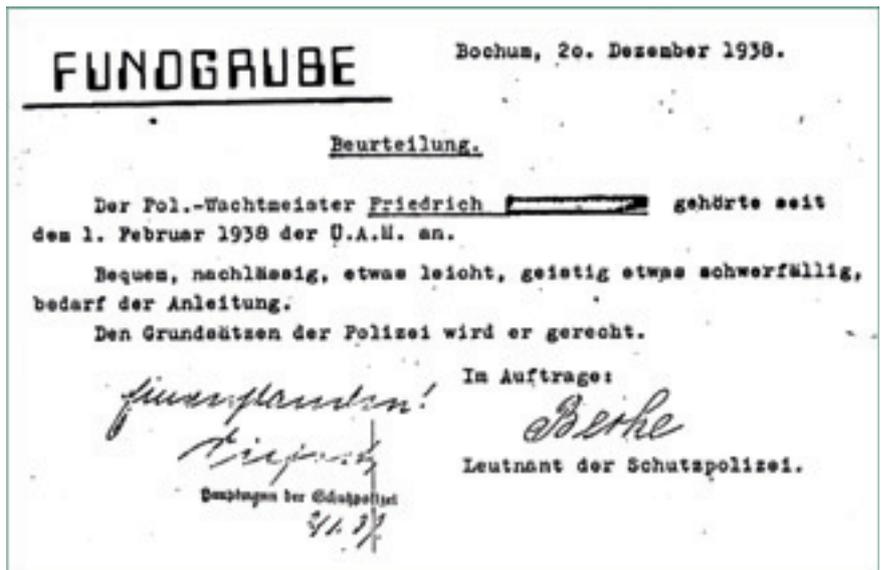
Bei Verkehrsunfällen mit Beteiligung von Bikern kamen im vergangenen Jahr 789 Verkehrsteilnehmer ums Leben. Damit wurde der bislang niedrigste Stand innerhalb von zehn Jahren erreicht; 2000 starben noch 1.188 Menschen bei Motorradunfällen. Rückläufig ist auch die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten bei Unfällen mit Personenschäden, in die Motorradfahrer verwickelt waren, teilte der ACE unter Berufung auf Angaben der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) weiter mit.

Nach Ansicht des Clubs darf die insgesamt positive Entwicklung allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass noch immer viel zu viele Motorradfahrer in oft folgenschwere Unfälle verwickelt sind.

Obwohl der Anteil von Motorrädern am motorisierten Straßenverkehr lediglich knapp 7,5 Prozent beträgt, gehen fast 19

Prozent der Verkehrstoten in Deutschland auf das Konto von Motorradunfällen. ACE

HISTORISCHES



AUGENBLICK MAL ...

Gewinne für Einzelne, Verluste für alle

Steuersünder! Warum nicht noch harmloser: Steuersünderlein. So kann man das Ausrauben der Gesellschaft verharmlosen.

Schleichend aber stetig haben sich die Kräfte zugunsten der Wirtschaft verändert und die Finanzwirtschaft ist skrupellos genug, auch Staaten gegen die Wand zu fahren. In den letzten 30 Jahren kämpften 87 Länder mit Währungskrisen! Die waren meist verbunden mit Hyperinflationen und Staatsbankrotten. Zuletzt Island, jetzt wackelt Griechenland. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat es wieder einmal bewiesen: Gewinne für Einzelne, Verluste für alle.

Nur um die Dimension „1 Million“ einmal anders darzustellen: Wenn ein Mensch in Deutschland vom ersten Monat seiner Geburt bis zur Vollendung seines 80-sten Lebensjahres jeden Monat 1.000 Euro bekäme, wäre das weniger als 1 Million.



Anton Wiemers

Die Zahl der Vermögensmillionäre hat sich nach oben verändert ebenso wie die Zahl der Einkommensmillionäre. Das Statistische Bundesamt teilte 2006 mit, dass in Deutschland 12.400 Einkommensmillionäre leben. Das Durchschnittseinkommen lag bei 2,7 Millionen Euro.

Was nicht mitgeteilt wird:

- Nur 15 % der Einkommensmillionäre werden steuerlich geprüft.
- 1,7 % aller Straftaten sind Wirtschaftsdelikte, die 60 % des gesamten durch Kriminalität entstandenen Schadens ausmachen.
- 95 % der Korruptionsfälle bleiben unentdeckt.
- Der Schaden durch die hinterzogenen Steuern und Sozialabgaben wird auf rd. 185 Mrd. geschätzt.

„Nur“ Steuersünder? Reichtum wächst, Armut breitet sich aus.

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat im Zusammenhang mit dem Desaster um den Handy-Hersteller BenQ gesagt: „Das ist Kapitalismus ohne ethische

und moralische Verantwortung. Wenn Kapitalismus ohne Einbindung in eine ethische Ordnung herrscht, dann wird es Raub.“

Der Schweizer Soziologe und UN-Berater Jean Ziegler formuliert: „Die Banker haben mehr Menschen auf dem Gewissen als mancher afrikanische Warlord. Wirtschaftsdelikte müssen wie Kriegsverbrechen verfolgt werden.“ Und: „Oktober 2008 beschlossen die 15 Regierungschefs der Eurozone, 1.700 Milliarden Euro zur Rettung ihrer Banken lockerzumachen. In der gleichen Woche wurden die Beiträge für die Humanitärhilfe der UN um durchschnittlich 50 Prozent gekürzt und tausende Entwicklungshilfeprojekte gestrichen.“ (Jean Ziegler im Berliner Tagesspiegel vom 23.2.2009).

Das geht uns nichts an? NRW hat gewählt. Der Damm der Zurückhaltung ist gebrochen. Egal, welche Parteien sich zusammenschließen: Wer wird wohl die Krise mit welchen Folgen bezahlen? Es werden Einschnitte ins soziale Netz erfolgen. Bankrotte Gemeinden werden Einrichtungen für das Gemeinwohl schließen. Direkte und indirekte Kürzungen bei Einkünften und Versorgungsbezügen sind wahrscheinlich und die Mehrwertsteuer wird auf 21 % angehoben (s. Griechenland) Die einzigen Arbeitsplätze die durch die Schulden des Staates sicher sind, sind im Bereich der Finanzwirtschaft, bei den Verursachern der Krise. Die Brandstifter lachen sich eins ins Fäustchen. DAS nennt man clever. Und der Markt hat es ja gut gerichtet.

Die Kluft zwischen arm und reich wird

wachsen und auch die Wahrscheinlichkeit von Unruhen.

Bayern wirbt als Standortvorteil damit, dass nicht so viele Steuerprüfer unterwegs sind. Die Politik hat Angst davor, dass das Kapital abwandert. Das hat sicher noch keiner gemerkt, dass auch die deutsche Wirtschaft global unterwegs ist. Nur dem Volk wird Angst gemacht. Warum hat die Politik Angst vor der Finanzwirtschaft und nicht davor, dass „die Straße brennt“?

Zur Rettung systemrelevanter Unternehmen wird Steuergeld eingesetzt. Und wenn man dann genauer hinschaut, stellt man (zu seinem Erstaunen?) fest, dass sich nicht alle an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen. Nicht nur die nicht, die so gut wie kein Einkommen haben und damit steuerbefreit sind, sondern sogar Einkommensmillionäre rechnen sich arm.

Es muss einen doch nervös machen: Armut ist gläsern, der öffentliche Dienst ist gläsern, Reichtum ist gläsern?

Der Gebrauch des Eigentums soll laut Grundgesetz dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Die Minister der Bundes- und Landesregierungen haben einen Eid auf das Grundgesetz und die Verfassung geschworen. Schaden vom Volk abwenden, heißt es im Eid.

Wir werden den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir wollen sehen, wer uns in den Hintern zu treten versucht. Wir werden uns zu wehren wissen.

Mit kollegialen Grüßen

Anton Wiemers,

Bundesseniorenvorsitzender

POLIZEIDIENST – RUHESTAND – GEWERKSCHAFT

Seit ich im Mai 2009 zum GdP-Landesvorsitzenden der Senioren in Bayern gewählt wurde, befasse ich mich natürlich auch auftragsgemäß mit den Kündigungen der Pensionisten und Rentner.

Jeder Austritt schmerzt. Meistens sind es gruppenspezifische Austrittsgründe („Im Ruhestand brauche ich keine Ge-

werkschaft mehr!“), aber es gibt auch andere, die teilweise zu verstehen sind. Hier ein paar benannte Austrittsgründe:

... ich möchte meine längst überfällige Mitgliedschaft kündigen ...,

... war gerne Mitglied der GdP, wenn's auch manchmal echte Turbulenzen gab ...,
... habe seit 13 Jahren keine Einladung



zu einer Versammlung oder Neuwahl bekommen ...,
... aus finanziellen Gründen ...,
... aus gesundheitlichen Gründen ...,
... ich kündige, weil ich mit Spannung einer baldigen Antwort entgegen sehe ...,
... der Beitrag ist mir zu viel ...,
... seit einem Jahr nichts geschieht ...,
... man wegen 24,33 Euro einen Mahnbescheid gegen mich erwirkt hat ..., usw.

Trotzdem finde ich alle Gründe für einen Gewerkschafter – insbesondere in der heutigen Zeit – für zu kurz gegriffen.

Wir haben viel erreicht in unserem Berufsleben. Es sollte deshalb das Anliegen von Jung und Alt sein, das zu erhalten und im Alter zu sichern. Ob dazu die Kündigung der GdP-Mitgliedschaft der richtige Weg ist, möchte ich bezweifeln. Es muss unser gemeinsames Interesse sein, Stärkung und Halt für unseren Beruf zu erfahren. Aber dazu brauchen wir eine starke Gewerkschaft.

Der Staat schenkt uns nichts und die Zeiten werden härter. Solidarität ist mehr denn je gefragt. Aber um uns der ständigen Sozialkürzungen zu erwehren, brauchen wir viele Mitglieder. Denn die Mitgliederzahlen sind das Pfund, mit dem wir wuchern können. Nichts anderes zählt

Die Politik betreibt mit ihrer immer so gelobten Polizei Realitätsverweigerung – und ganz so nebenbei werden bei uns die Idealisten weniger.

für die Politik. Und um das zu erreichen, müssen sich Jung und Alt zu einer gelingenden Einheit verbinden.

Der demographische Wandel wird doch nur dramatisiert, um einen Generationenkonflikt herbeizureden. Das wahre Problem ist die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Wohlhabende Senioren habe ich noch nie im Abseits stehen sehen.

Wohlstand hängt auch nicht von einer hohen Geburtenrate ab, sondern von der wirtschaftlichen Produktivität. Deswegen ist der Zusammenhalt von Alt und Jung unbedingt erforderlich, um sich gegenseitig zu unterstützen und gut gesellschaftsfähig zu bleiben.

Und das Schlimme bei der Polizei ist, dass wir in den Regierungskoalitionen (Bund und Land) keine Lobby haben. Innere Sicherheit wird als Selbstläufer

angesehen. Das kommt davon, wenn man dauerhaft gut ist. Aber nach erfolgswöhnten Jahren geht es schleichend abwärts.

Wir sind strategisch nicht mehr so gut aufgestellt (nach einer nicht notwendigen



Wir haben viel erreicht in unserem Berufsleben. Es sollte deshalb das Anliegen von Jung und Alt sein, das zu erhalten und im Alter zu sichern.



Reform mit der Zerschlagung funktionierender Direktionen), taktisch schlechter eingestellt (Zielvorgaben, Zielvereinbarungen, Schreibtischfront gibt den Ton an), personell am Hund und hängen finanziell am Tropf (Sozialkürzungen, Einkommenseinbußen).

Die Politik betreibt mit ihrer immer so gelobten Polizei Realitätsverweigerung – und ganz so nebenbei werden bei uns die Idealisten weniger.

Ich verstehe auch nicht, warum man immer an den Senioren rumknabbert. Sind es nicht wir, die im Ehrenamt nicht unerhebliche Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich erbringen und dem Staat viel Geld sparen? Und außerdem ist auf Dauer ohne die Alten keine Wahl mehr zu gewinnen. Die Politik sollte eigentlich wissen, dass sie auf die Kompetenz und die Erfahrung der älteren Menschen nicht verzichten kann. Aber außerhalb von Wahlzeiten werden wir meiner Meinung nach nur als blockierender Ballast empfunden, denn der Mensch zählt allein nicht viel, sondern nur seine Funktion, aber die gibt man beim Eintritt in den Ruhestand ab.

Deshalb zählt es ab diesem Zeitpunkt doppelt, zusammenzuhalten und mit Entschlossenheit und Geschlossenheit um unsere Rechte zu kämpfen.

Als mein liebstes Beispiel führe ich immer die Polizeireform an. Da lagen die Polizei-Gewerkschaften im Wachkoma. Die Arbeitsebene wurde nicht gefragt, die Führungsebene hielt ruhig, in Sorge um ihre Posten.

Wie ist nun unseren Seniorinnen und Senioren zu vermitteln, dass man auch in der nachberuflichen Lebensphase eine Gewerkschaft braucht? Ohne Gewerkschaft werden wir immer ganz oben auf

der Zugriffsliste der Politik stehen, weil es Pensionisten ja gut geht. Unser Ziel aber muss sein, unseren Lebensstandard zu sichern!

Ich gebe zu, dass es mancherorts nicht die Welt ist, was die GdP den Senioren

zu bieten hat. Aber vielleicht sollten sich unsere obersten Bundes- und Landesgremien einmal Gedanken machen, wie wir unser Angebot einfach und kostengünstig erweitern könnten.

Hier ein paar gut gemeinte Vorschläge (als sog. Schnittstellenprojekte für Jung und Alt):

- **Computer-Kurse (durch frühere EDV-Spezialisten)**
- **Fahrrad-Service-Praktika (durch frühere Werkstatt-Angehörige)**
- **Senioren-Sport-Gymnastik-Gruppen (durch frühere Sport-Übungsleiter)**
- **Gesundheitsprävention (evtl. ärztlicher Dienst „Sanitätspersonal“)**
Alles unter dem Motto „Pensionisten helfen Pensionisten“.

Zusammenfassend sei gesagt, dass Alt und Jung zusammen gehören und sich nicht auseinanderdividieren lassen dürfen, um ihre Ziele zu erreichen. Der aktive Dienst hat Struktur – der Ruheständler Sozialprobleme. Je weniger Mitglieder wir miteinander haben, desto schwächer werden unser Einfluss und unsere Position.

Alle Bereiche sind wichtig, aber wenn die Verantwortlichen mit der Polizei weiterhin so umgehen, wird die schön geredete Kriminalstatistik nach unten umschlagen und wir steuern auf rechts- und vollzugsfreie Räume zu. Und ist der Karren erst mal in den Dreck gefahren, bringt man ihn so leicht nicht wieder heraus.

Auch wir Alten wollen unseren gesellschaftlichen Stellenwert nicht noch weiter absinken und uns aufs Altenteil abschieben lassen. Und so wie man uns behandelt, werden wir auch wählen.

Im Alter ist man immer noch wechsel- und kontaktfreudig – und nicht menschen-scheu!

Günter Klinger aus Fürth



Ausländer im deutschen Straßenverkehr

Deutsche Autobahnen und Landstraßen sind zu einer Lebensader des internationalen Marktes geworden. Tausende Lkw und Kfz mit ausländischem Kennzeichen nutzen sie täglich. Für Polizeikräfte ergeben sich bei der Verkehrsüberwachung dieser Verkehrsteilnehmer und deren Fahrzeuge wie auch bei der Verkehrsunfallaufnahme zahlreiche rechtliche Besonderheiten, zu denen sie in diesem Buch ausführliche Informationen erhalten.



Im Einzelnen ermöglicht dieser Leitfaden einschreitenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Beurteilung ausländischer Fahrzeugführer in fahrerlaubnisrechtlicher sowie ausländischer Fahrzeuge in zulassungs-, versicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht. Daneben hat der Autor auch die notwendigen Beschaffenheits- und Ausrüstungsvorschriften berücksichtigt. Zudem stellt er die speziellen Vorschriften des Nato-Truppenstatuts ebenso dar wie die Besonderheiten, die aus den Regelungen über die grenzüberschreitende Polizeiarbeit resultieren. Weiterhin ist der Behandlung von Diplomaten und anderen bevorrechtigten Personen wie auch den Themen Autobahnmaut und Sicherheitsleistung jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet.

Zahlreiche Abbildungen einzelner

Fahrzeuge sowie von Führerscheinen und Kennzeichen bieten dem Leser zusätzlich eine wertvolle Hilfe, so dass dieses Buch sowohl in der Aus- und Fortbildung wie auch in der polizeilichen Praxis von großem Nutzen ist.

Ausländer im deutschen Straßenverkehr, Ein Leitfaden für die Kontrolle ausländischer Verkehrsteilnehmer, Bernd Huppertz, VDP, 3. Auflage 2010, 254 Seiten, Format DIN A5, Broschur, 19,90 Euro, 35,10 sFr., ISBN 978-3-8011-0526-6

Vermögensabschöpfung im Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren

Seit nahezu 15 Jahren finden in der justiziellen und polizeilichen Praxis die strafrechtlichen Vorschriften der Vermögensabschöpfung (§§ 73 bis 76a StGB) sowie die vorläufigen Sicherungsmaßnahmen (§§ 111b bis 111o StPO) Anwendung. Das geltende Recht bietet praktikable und durchgreifende Mittel zur Vermögensabschöpfung, mit denen u.a. der Organisierten Kriminalität, der Wirtschafts- und Korruptionskriminalität sowie der Umweltkriminalität die finanzielle Basis entzogen werden kann.

Die Vorschriften zur Vermögensabschöpfung sind hochgradig komplex und erschließen sich nicht von selbst. Hinzu kommen die nicht immer übersichtlichen Sicherungsmechanismen, die ohne fundierte Kenntnisse des Zivilrechts, insbesondere des Zivilprozessrechts und Zwangsvollstreckungsrechts, nicht angewendet werden können.

Der Leitfaden gibt einen Überblick über die in der Praxis wesentlichen Fragen und

Probleme des Verfahrens der Vermögensabschöpfung. Die Autoren behandeln detailliert die Prüfungsmerkmale der Verfallsvorschriften. Neben der Rechtsnatur und dem Zweck des Verfalls stellen sie auch die Schätzung sowie die unbillige Härte und die Mittäterschaft dar. Auch die Auswirkungen der Rechte Dritter sowie der Verfall von Nutzungen und Surrogaten sowie der erweiterte Verfall werden ausführlich erläutert.

Die Autoren beschreiben die Einziehung gemäß §§ 74 ff. StGB sowie die Sicherstellung durch Beschlagnahme und dinglichen Arrest nach §§ 111b ff. StPO. Ein eigenes Kapitel widmet sich den im Ordnungswidrigkeitenrecht geltenden Besonderheiten.

Zahlreiche Prüfungsschemata und Übersichten, Fallbeispiele aus der Praxis mit neuester Rechtsprechung sowie Muster für u. a. Eintragungsersuchen, Pfändungsbeschluss, Verfallsanordnung erschließen die schwierige Materie.

Das Werk wendet sich an alle, die mit Finanzermittlungen und Vermögensabschöpfung rechtlich in Berührung kommen, insbesondere Polizeibeamte, Staatsanwälte, Richter, Rechtsanwälte, Versicherungen, Banken und Verwaltungsbehörden.

Vermögensabschöpfung im Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren. Verfall, Einziehung und vorläufige Vermögenssicherung, Leitfaden für die Praxis, Dr. jur. Johann Podolsky, Dr. jur. Tobias Brenner, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, 2010, 4., überarbeitete Auflage, 250 Seiten, 26,80 Euro, ISBN 978-3-415-04358-9



Deutsche

Polizei

Nr. 6 • 59. Jahrgang 2010 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundestell: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Rüdiger Holecek

Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
 Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
 Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



Druckauflage dieser Ausgabe:
 175.227 Exemplare
 ISSN 0949-2844

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
 Postfach 1452, 47594 Geldern,
 Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

